

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgelegt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zögnerstr. 3, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Verkehrs-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerordentliches 7 Goldpfennig, für Anzeigen in amtlichem Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung, Scherterger und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Gebäude.

Nr. 109.

Sonnabend, den 10. September 1932.

35. Jahrg.

Das Reichstagspräsidium bei Hindenburg

Hindenburg behält sich die Entscheidung vor

Der Empfang bei Hindenburg.

Der vom Empfang des neuen Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten irgenwelche Erwartungen erwartet hatte, wird etwas enttäuscht sein. Die Lage hat sich nicht verändert, es wird ausdrücklich erklärt, daß Hindenburg nach wie vor hinter dem Kabinett von Papen stehe. Das Wort hat also jetzt der Reichstag. Allerdings ist seit dem Empfang die Wahrscheinlichkeit der Auflösung noch größer geworden.

Die amtliche Mitteilung über den Besuch lautet:

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute (Freitag) das neuwahle Präsidium des Reichstages: Reichstagspräsident Göring und die Vizepräsidenten Esser, Graef (Thüringen) und Kauf. Reichstagspräsident Göring stellte das neue Präsidium vor; der Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Serren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgabe aus. Serren schloß sich eine kurze Ansprache über die politische Lage an.

Der Empfang hat kaum eine Wertsteigerung gedauert. Aber die kurze amtliche Mitteilung hinaus werden noch weitere Einzelheiten über den Empfang bekannt. In dem Empfang nahm der Staatssekretär Meißner vom Büro des Reichspräsidenten teil; er stellte die Serren vor. Dann wurden einige Höflichkeitsworte gewechselt. Darauf hielt Reichstagspräsident

Göring eine kurze Ansprache,

in der er von den Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung im Reichstage sprach, und das wiederholte, was in der gemeinsamen Erklärung des Zentrums und der Nationalsozialisten über ihre Verhandlungen enthalten ist. Nach der Ansprache Görings wies der

deutschnationale Vizepräsident Graef

darauf hin, daß seiner Auffassung nach das Reichstagspräsidium nicht berechtigt sei, mit dem Reichspräsidenten politische Verhandlungen zu führen, er fügte hinzu, daß er für seine Person gegen die Rückkehr zum parlamentarischen System und für die Form der jetzigen Regierung sei. Der dem Zentrum angehörende Vizepräsident Esser hat den Reichspräsidenten, vor weiteren Entscheidungen die Führer des Zentrums und der Nationalsozialisten zu empfangen.

Hindenburg erwiderte kurz,

daß er sich alle Entscheidungen vorbehalten, daß er seine Verantwortung habe, der jetzigen Regierung sein Vertrauen zu entziehen. Damit hat der Reichspräsident deutlich zu erkennen gegeben, daß das Kabinett in seiner jetzigen Zusammenfassung sein Vertrauen besitzt.

Auch an zuständigen Stellen wird ausdrücklich betont, daß der Reichstagler v. Papen auch nach seiner letzten Unterredung mit Hindenburg durchaus das Vertrauen des Reichspräsidenten habe, und daß alle Verhandlungen über Unstimmigkeiten infolge einiger Punkte im Wirtschaftsprogramm falsch seien. Man nimmt jedoch an, daß der Reichspräsident vor weiteren Entscheidungen die Führer der Parteien empfangen wird. In politischen Kreisen erwartet man aber von diesem Empfang auch keine Veränderung der Lage mehr.

Man hat der Reichstag das Wort.

Die beiden Parteien, Zentrum und Nationalsozialisten, sind nun tatsächlich vor die Entscheidung gestellt, ob sie mit dem Kabinett v. Papen, hinter dem der Reichspräsident steht, zusammenarbeiten wollen, oder ob sie das Kabinett stürzen und damit die Auflösung des Reichstages herbeiführen wollen.

Die Reichsregierung ist fest entschlossen,

von ihrer Vollmacht zur Auflösung Gebrauch zu machen, wenn die Ansprache über die Kanzlererklärung am Dienstag und Mittwoch der nächsten Woche zeigen sollte, daß eine Verständigung unmöglich geworden ist. Man spricht ohne Aufheben der Stimme auf unbestimmte Zeit, weil Zentrum und Nationalsozialisten damit Zeit für neue Verhandlungen gewinnen wollen. Praktisch wäre das zunächst eine Duldung des jetzigen Kabinetts. Die Wahrscheinlichkeit für diese Lösung wird aber als sehr gering beurteilt.

festhält, daß nach der Auflösung Neuwahlen stattfinden, entgegen der vielfach geäußerten Meinung, die Reichsregierung wolle die Neuwahlen auf unbestimmte Zeit verschieben. Wahrscheinlich aber wird für die Wahl der letztmögliche Termin herausgeholt. In der Annahme, daß die Auflösung am nächsten Donners tag, also am Tage nach der Aussprache erfolgt, würden demnach die Neuwahlen am 13. November stattfinden.

Das alles sind Meinungen und politische Prophezeiungen, die allerdings auf Grund der heutigen Lage wohlbegründet sind. Aber in der Politik kommt bekanntlich im letzten Augenblick manches anders als man denkt, und so können auch jetzt noch im letzten Augenblick Abstriche in den Entschlüssen gemacht werden, man darf nur daran denken, daß außer den kommunisten keine Partei an Neuwahlen große Freude hat.

Das Reichstagspräsidium fuhr zum Reichstagsparlamentarium, sondern in zwei Automobilen. In dem ersten fuhr der Reichstagspräsident Göring, in dem zweiten die Vizepräsidenten. Der Wagen des Reichstagspräsidenten Göring trug zwei Hafenkreuzfahrzeuge.

Gegen politischen Kurswechsel.

Was Vizepräsident Graef Hindenburg sagte.

Die deutschnationale Pressestelle gibt über den Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten eine Darstellung, die auf einen Bericht zurückgeht, den Vizepräsident Graef über den Besuch in der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion erstattete. In dem Bericht heißt es: Nach der Vorstellung des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten hielt der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring eine Ansprache, in der er betonte, daß im Reichstag eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit liege, daß der Reichstag sich nicht auflösen lassen wolle und daß er als Reichstagspräsident sich gegen die Gerichte, daß der Reichspräsident diesen auflösen beabsichtige, zur Wehr setzen müsse. Er habe den einstimmigen Auftrag des Reichstages, dies zum Ausdruck zu bringen.

Der deutschnationale Vizepräsident Graef widersprach diesen Äußerungen Görings auf das schärfste. Er führte aus, daß das Reichstagspräsidium nicht befugt sei, dem Staatsoberhaupt politische Vorschläge zu machen oder gar Beschlüsse zu erlassen. Das Präsidium sei keine politische Körperschaft und überdies in seiner Meinungsbildung absolut nicht einig.

Herr Graef betonte, daß die Einsetzung eines wirklich von den Parteien unabhängigen Kabinetts ein Fortschritt sei, demgegenüber der Rückfall in den Parlamentarismus und in das Koalitionsspiel, wie die Nationalsozialisten und das Zentrum es erstreben, einen absoluten Rückschritt bedeuten würde. Hierbei sei sich der größte Teil des Volkes einig, nämlich die weitere Fortführung der Nationalsozialisten einig. Die Rücksicht auf die Stetigkeit der politischen Entwicklung und auf die Autorität des Staatsoberhauptes verbietet es, einen Kurswechsel in der Regierungsführung vorzunehmen, selbst für diejenigen, die nicht mit allen Maßnahmen des Kabinetts Papen im Reich und in Preußen einverstanden seien.

Gegenüber der wiederholten und dringenden ausgesprochenen Bitte des Vizepräsidenten Esser, vor der Entscheidung noch einmal die Führer der Nationalsozialisten und des Zentrums zu empfangen, erklärte der Reichspräsident, daß er sich seine Entscheidung darüber noch vorbehalten habe.

Parteisührer bei Hindenburg.

Empfang am nächsten Dienstag.

Der Reichspräsident hat den Reichstagspräsidenten Göring wissen lassen, daß er bereit sei, Dienstag mittag 12 Uhr zwei Vertreter der Nationalsozialisten, zwei Vertreter des Zentrums und einen Vertreter der Bayerischen Volkspartei in Gegenwart des Reichstagszentrums zu empfangen und ihre Auffassung der politischen Lage entgegenzunehmen.

Man rechnet in Reichstagskreisen damit, daß unter diesen Umständen die Aussprache über die Regierungserklärung voraussichtlich am Mittwochmittag beginnen können wird. Am dem Zeitpunkt der Regierungserklärung, der bekanntlich für Montag nachmittag um 3 Uhr festgesetzt ist, hat sich nichts geändert.

Vorstandssitzung des Zentrums am Montag.

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei tritt am Montag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Am Montagabend findet eine Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages statt. In beiden Sitzungen wird man sich mit der politischen Lage beschäftigen.

Der Völkerbund auf dem Pulverfaß.

Italien unterstützt Deutschlands Gleichberechtigungsforderung.

In diplomatischen Kreisen Rom gibt man der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland durch die Auffüllung seiner Forderung der Gleichberechtigung über Nacht wieder zu internationaler Bedeutung gelangt sei. Es habe zwei mächtige Basen in der Hand: die Möglichkeit nämlich, die Verweigerung seiner Gleichberechtigung mit dem Ausschneiden aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz zu beantworten. Auch die italienische Politik stehe vor neuen schweren Entscheidungen, die maßgebend zum Fortschritt Italiens aus dem Völkerbund führen könnten, obwohl Italien alles tun wolle, um diesen Schritt zu vermeiden.

Das fördernde Element in der europäischen Politik sei die Haltung Frankreichs, das zwar internationale Friedenspakte unterzeichnet, aber seine Forderung der Gleichberechtigung seiner militärischen Vorherrschaft schützen wolle und den Völkerbund zu seinen Sonderzwecken ausnütze. Italien bestrebe den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung als den Prüfstein, es sei der Ansicht, daß eine Ablehnung dieser Forderung durch Frankreich einen Bruch des Versailler Vertrages bedeute.

London an der Pariser Antwortnote unbeteiligt.

Die französische Regierung hat durch ihren Londoner Botschafter dem englischen Außenminister den Antwortentwurf auf die deutsche Wehrdenkschrift vom 29. August zur Prüfung überreichen lassen. Allgemein besteht in Londoner diplomatischen Kreisen der Eindruck, daß England sich — wahrscheinlich in erster Linie unter dem Einfluß des Ministerpräsidenten MacDonald —

erfolgreich

den französischen Versuchen widersetzt hat, die Londoner Diplomatie mittel- oder unmittelbar für den Text der französischen Antwort mitverantwortlich zu machen. Offensichtlich haben die Engländer deutlich zu verstehen gegeben, daß sie zu einer unmittelbaren Stellungnahme zu der französischen Antwort und dementsprechend zu einer „Konstitution“ im Sinne des Konfliktabpates nicht bereit seien. Infolgedessen mußte sich der französische Botschafter darauf beschränken, die Note im Sinne einer „Information“ zu übermitteln. Von englischer Seite kann also mit Recht darauf hingewiesen werden, daß sich in der französischen Antwort

keine englischen Ansichten

widerspiegeln werden. Es kann ferner mit Sicherheit angenommen werden, daß auch die deutsche Botschaft in London über den Gang der englisch-französischen Aussprache voll auf dem laufenden gehalten wurde.

Amerikanischer Druck auf Frankreich.

Mit Hilfe der deutschen Gleichberechtigungsforderung. In Paris verlautet im Zusammenhang mit der vielbeachteten Umwesenheit des USA-Senators Reed und den zwischen dem französischen Außenamt und der amerikanischen Botschaft geschiedenen Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigungsforderung, daß die Vereinigten Staaten einem dem englischen sehr stark angehängten Standpunkt vertreten. Amerika solle sich nicht hinter die deutsche oder französische Forderung stellen, sondern die Gelegenheit benutzen, um Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Forderungen auf einen möglichst niedrigen Stand zu bewegen. Dabei werde das Wehrmittel benutzt, daß Deutschland ja nicht die Wiederherstellung, sondern die Angleichung der Rüstungen auf der Grundlage gleicher Rechte fordere.

Stillschweigende Moratorienverlängerung der USA?

Der amerikanische Schatzsekretär soll nach englischen Pressemeldungen aus Washington dazu ermächtigt worden sein, nicht mehr weiter auf einer Mittelung der europäischen Schuldenerländer bis zum 15. September zu bestehen, wenn sie glauben, ihren am 15. Dezember fällig werdenden Kriegsschuldverpflichtungen nicht nachkommen zu können. Dies ist zu verstehen, weil die amerikanische Regierung eine unangenehme Rückwirkung einiger Moratoriumsurträge auf den Gang der Präsidentenwahlen befürchte und die ganze Frage auf einen späteren Zeitpunkt verschieben möchte.

Wirtschaftsbefprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum.

Abwicklung des Bawendischen Wirtschaftsprogramms.
Die Wirtschaftsführer der Nationalsozialisten und des Zentrums hatten beim Reichstagspräsidenten Göring eine mehrstündige Aussprache. Über ihren Verlauf wurde folgender gemeinsamer Bericht ausgegeben:
In einer gemeinschaftlichen Besprechung, die zwischen Abgeordneten der Nationalsozialisten und der Zentrumspartei stattfand, beschäftigte man sich mit wirtschaftlichen Fragen. Im Vordergrund stand das dringende Problem der Arbeitslosigkeit, ferner die Konjunkturlage, das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen und die Fürsorge für den Winter.

Die Sachverständigen beider Parteien äußerten ihre ersten Gedanken, daß die Subventionierung der gesamten Betriebe durch Steuerzuschüsse das gesteckte Ziel, Arbeiter an ihre Stätten zurückzuführen, nicht erreicht und vielleicht in eine schwere Entzweiung münden würde. Der sozialpolitische Teil der Vorbereitung, der den ganzen Bestand sozialer Rechte und Einrichtungen in das Ermessen einer Regierung stellt, die nur eine kleine Veränderung in der Volksgesinnung und sicher keinen Rückgang in Arbeitnehmerfreien bestie, lud übereinstimmende Ablehnung. Darüber hinaus stärkten die Besprechungen hinsichtlich wirtschaftlicher Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturanstiehes Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige, vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit vorhanden ist.

Proteste der NSDAP gegen das Wirtschaftsprogramm.

Der Leiter der Abteilung Landwirtschaft in der Organisation der NSDAP hat in einem Telegramm an den Reichstagspräsidenten gegen das Wiederbauprogramm protestiert. In dem Telegramm wird behauptet, das Wirtschaftsprogramm lasse jedes Verständnis für die wahre Lage der Landwirtschaft vermissen und habe in der Landwirtschaft Enttäufung hervorgerufen. Dem Kanzler wird „unverantwortliches Handeln“ vorgeworfen. In einem Telegramm an Reichsernährungsminister Dr. Brauns wird der Minister aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Der Hauptvorstand der Rheinischen Bauernvereine, die dem Zentrum nahesteht, erklärt in einer Entschließung, im Wirtschaftsprogramm Papens würden wünschenswerte Maßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft fehlen.

Staatsrat gegen Reichskommissar.

Der Preussische Staatsrat nahm gegen die Stimmen der Reichsparteien und der Kommunisten einen gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei an, worin der Auffassung Ausdruck gegeben wird, daß die Verordnung des Reichspräsidenten über die Einsetzung eines Reichskommissars und ihre Anwendung insbesondere die Enthebung des preussischen Ministerpräsidenten und der preussischen Staatsminister von ihren Ämtern und von der Führung der laufenden Geschäfte — mit der Reichsverfassung und der preussischen Verfassung nicht in Einklang stünden.

Die Fraktion Arbeitgemeinschaft gab ihrer Auffassung einmütig dahin Ausdruck, daß die Rechtsgrundlage der kommissarischen preussischen Staatsregierung unangreifbar sei und daß der Reichskommissar für Preußen und sein Bevollmächtigter als Beauftragter des Reichspräsidenten auf Grund seiner Vorbereitung vom 20. Juli 1932 ihre staatlichen Ämter verfassungsmäßig ausübten.

Sicherungen für die Landgemeinden.

In einer Unterredung mit Reichskommissar Dr. Brauch hat der Geschäftsführende Präsident des Preussischen Landgemeindetages West, Dr. Göb, die Notwendigkeit einer härteren Verschärfung der Landgemeinden bei der Verteilung der Reichswaldgelder mit dem Ziele einer ausreichenden Entlastung begründet. Zur bevorstehenden Vermögensreform wurde die Erhaltung und der Ausbau der Selbstverwaltung der Landgemeinden unter Sicherung ihres Eigentums durch Schaffung einer der Selbstverwaltung entsprechenden Finanzgrundlage als lebensnotwendig für Staat und Gemeinden gefordert.

Erhebliche Entlastung der Reichsbank.

Leichte Besserung der Monatslage.
Der Reichsbank brachte die erste Monatswoche bereits wieder eine erhebliche Erleichterung ihrer Kapitallage. Etwa die Hälfte der zum Monatsende gestellten Anforderungen floß zurück. Die gesamte Kapitalanlage besserte sich um 183 Millionen, wovon allein 104 Millionen auf Lombardforderungen entfallen. Der Bestand an Wechseln und Schecks ermäßigte sich um 57 Millionen, an Reichsdarlehenswechseln um 22 Millionen. Der Notenumlauf ging um 128 Millionen zurück, während 18 Millionen Scheidemünzen in die Reichsbank zurückfloßen. Der Bestand an Gold und bedienungsfähigen Devisen konnte sich verbessern, wenn auch diesmal nur um eine halbe Million. Das Deckungsverhältnis stieg von 24,2 auf 25,1 Prozent.

Bargeldloser Zahlungsverkehr zur Hebung der Arbeitslosigkeit.

Einführung in ganz Mecklenburg.
Nachdem die Einführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zur Hebung der Arbeitslosigkeit durch das Vorgehen der Handels- bzw. Wirtschafts- und Handwerksverbände in Mecklenburg ins Rollen gekommen ist, hat jetzt auch der nationalsozialistische Amtshauptmann Busch vom Amt Sagenow hierzu Stellung genommen. In einer mit Vertretern der Wirtschaftskreise abgehaltenen Besprechung betonte er, daß durch die öffentlichen Körperschaften zusätzliche Arbeit, wie Hausneubauten, geschaffen werden sollen. Es sind Verhandlungen mit dem Mecklenburg-Schwerinischen Ministerium zur Durchführung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in ganz Mecklenburg geführt worden und es besteht Aussicht, daß dies auch geschehen wird. Zu den nächsten Tagen werden sich sämtliche Amtshauptleute mit dieser Angelegenheit befassen.

Kurze politische Nachrichten.

Der Reichspräsident empfing den Präsidenten des italienischen Senats, Luigi Rodotari, der von dem italienischen Völkshäupter begleitet war.

Die bawische Regierung hat ihre Verhandlungen über einen Vertrag mit dem Vatikan (Konkordat) soweit abgeschlossen, daß sich demnächst der Landtag damit beschäftigen kann.

Im positiven Ausschusse der vorstädtischen Kleinfriedhofen bewilligt worden, so u. a. in Königberg (Preußen) 40, Gelnitz (Bez. Oprel) 30, Stuttgart 44, Aachen 48, Wiesbaden 50, Heilbronn (Württemberg) 36, Lübeck 80 und Waburg (Bez. Westfalen) 30. In Kleingartenstellen sind bis jetzt 6568 neue bewilligt worden.

Die spanische Nationalversammlung nahm ein Ergänzungsgesetz zur Agrarreform an, das von größter Bedeutung ist. Das Gesetz bestimmt, daß sämtliche Landgüter der ehemaligen Granden von Spanien entschädigungslos enteignet werden.

Das preussische Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung hat in einem Erlaß an die Provinzialhochschulen und die Regierungen darauf hingewiesen, daß der feinerzeit von Kultusminister Voelzig herausgegebene Erlaß durch die dazwischenliegenden Erlasse nicht aufgehoben ist. Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragte Staatssekretär gibt der Erbauung Ausdruck, daß die Anstaltsleitungen der Schulen sich mit aller Wärme der Hoffnungen der Schulgruppen des V. D. M. annehmen werden.

Der apostolische Nuntius in München hat dem Ministerpräsidenten Dr. Feld Mitteilung gemacht, daß Papst Pius XI. dem Münchner Domkapitular Dr. Stourad Graf von Breßing-Neug-Neug-Neug als Nachfolger des verstorbenen Bischofs Leo von Wetzel zum Bischof von Eichstätt ernannt hat.

Zoos über die politische Lage.

Ein Redefertigungsbericht der Koalitionsverhandlungen.
Der geschäftsführende Vorsitzende der Zentrumspartei, Abg. Zoos, sprach vor Vertretern der Berliner Zentrumsblätter zur politischen Lage. Ausgehend von dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, äußerte er zunächst Bedenken gegen die generelle Ermächtigung der Reichsregierung auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Zoos betonte dann, daß nach der Ansicht des Zentrums der Konjunkturtrieb nur dann anhalte und die staatlichen Eingriffe nur dann die beabsichtigte Wirkung haben könnten, wenn eine Verabstimmung und Festigung der politischen und staatlichen Verhältnisse auf längere Sicht gewährleistet seien.

Zoos verfuhr dann anschließend die Gründe zu rechtfertigen, die das Zentrum zu Verhandlungen mit der NSDAP, veranlaßt hat. Er führte weiter aus: „Wir sind nun ebenso davon überzeugt, daß in der augenblicklichen Regierungssituation diese politische Stabilität nicht gegeben ist. Es ist für die Regierung nicht gelungen, sich die dafür notwendigen Volkskräfte zu sichern.“ Wenn diese Regierung keine Mehrheit im Reichstag finde und trotzdem erneut aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen. Neuwahlen aber bedeuten Hemmung und Schwächung der wirtschaftlichen Initiative, bedeuten, daß die von der Regierung verordneten Wirtschaftsmaßnahmen in der allgemeinen Verunsicherung verpuffen. Das Ziel unserer gegenwärtigen Bemühungen ist die Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, Vertrauen im Volke hat und die volle Zuehnahme der Verfassung garantiert.“

Mit einer solchen Regierung könne der Gedanke eines Vertrauenskabinetts (so. Präsidialkabinetts) durchaus in Einklang gebracht werden. Der normale Zustand sei der, daß das Kabinett das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten besitze und das der Volksvertretung finde. Unter der Autorität des Reichspräsidenten müsse der Regierender innerpolitischen, staatlichen und wirtschaftlichen Gestaltung gefunden werden.

Reichsarbeitsminister und Gewerkschaften

Um die Neueinstellung von Arbeitnehmern.
Aber den Empfang der Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beim Reichsarbeitsminister wird aus Gewerkschaftskreisen bekannt, daß es dem Minister nicht gelungen ist, die früheren Bedenken zu zerstreuen, die von den Gewerkschaften gegen den sozialpolitischen Teil der Vorbereitung geäußert wurden. Die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen hätten gegen die Maßnahmen der Regierung scharfe Verbarnung eingelegt und erklärt, daß sie mit jedem nur zulässigen Mittel

dagegen Widerstand leisten würden. Von einzelnen Gewerkschaftsvertretern sei der Einbruch in das geltende Arbeits- und Tarifrecht durch Vorbereitung als eine Verletzung der Reichsverfassung bezeichnet und in Aussicht gestellt worden, daß man auf dem Rechtswege dagegen vorgehen werde.

Der Reichsarbeitsminister habe versichert, daß die Reichsregierung die Interessen der Arbeiter und Angestellten bei Durchführung der Vorbereitung im Rahmen des irgendwo nur Möglichen berücksichtigen werde, und betont, daß alle die Maßnahmen doch nur den Zweck hätten, die Arbeitslosigkeit zu verringern und die Einrichtungen der deutschen Sozialpolitik und Sozialversicherung über die Krise hinwegzubringen.

Reichsarbeitsminister Dr. Schäfer betonte nach einer Mitteilung des DAV in seinen Erklärungen zu den sozialen Bestimmungen der letzten Vorbereitung, daß nach weiterer Ausführungsbestimmungen über die Möglichkeiten der Neueinstellungen herausgefunden werden. Bei einer Neueinstellung von Arbeitnehmern sei Voraussetzung, daß der Betrieb noch bestehe und produktiv. Es sei selbstverständlich, daß bei der zulässigen Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze nur die eigentlichen Lohnsätze und nicht die Zulagezulagen und andere Zulagen gemeint seien, weil überhaupt diese einzelnen Bestimmungen der Reichsregierung nur zur Anwendung kommen könnten, wenn die Anwendung dieser Bestimmungen geprüft werden und dann die einzelnen Ausprägungen stattfinden.

Über die Anwendung der Generalvolkmacht für die Änderung aller Zweige der Sozialversicherung gab der Minister die Erklärung ab, daß er eine solche Änderung nur im engen Einvernehmen mit den Verbänden der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer der einzelnen Länder und sonstigen irgendeiner Interessenten vornehmen müsse. Vorfall sollen in Referentenbesprechungen die Möglichkeiten der Anwendung dieser Generalvolkmacht geprüft werden und dann die einzelnen Ausprägungen stattfinden.

Führ. v. Lersner, Vertrauensmann der Reichsregierung in München.

Die bawerische amtliche Presse teilt mit: Da sich bei der Reichsregierung das Bedürfnis herausgestellt hat, im Verkehr mit der bawerischen Staatsregierung aus persönlicher Fühlungnahme zu pflegen, wurde Legationsrat Dr. Freiherr von Lersner als Vertrauensmann der Reichsregierung in München bestellt. Seine Aufgabe ist es, zu bestimmten Zeiten und zu bestimmten Aufträgen der Reichsregierung in München zur Verfügung zu stehen. Über diese Verfügung hat die Reichsregierung der bawerischen Staatsregierung eine amtliche Mitteilung zugehen lassen.

Ausflug des Stahelthmes.

Ein Ausflug der Bundesführer des Stahlhelm.
Die Bundesführer des Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer, Seidte und Duesterberg, haben an die Mitglieder des Stahlhelm einen Befehl erteilt, in dem es heißt: „Der 13. Reichsfrontkämpfertag des Stahlhelm hat der Welt vor Augen geführt, daß der Stahlhelm mächtig und in sich geschlossen marschiert. Er hat gezeigt, daß der Stahlhelm berufen und befähigt ist, den Geist der Zerlegung zu überwinden und die aus dem Frontkampf geborene Gemeinschaft der deutschen Frontkämpfer zu schmieden. Der Erfolg des 13. Reichsfrontkämpfertags in Berlin bedeutet für uns aber gleichzeitig eine neue eiserne Verpflichtung. Von dem zähen Willen und der unbedingten Geseltoffenheit unseres Bundes wird es abhängen, ob die langwierige innere Wandlung unseres Vaterlandes, die jetzt eingeleitet hat, wirklich nur inneren und äußeren Veränderungen des Reiches führt. Der hervorragende Eindruck, den der Stahlhelm beim 13. Reichsfrontkämpfertag überall gemacht hat, gibt uns die feste Gewißheit, daß diese Zeit nahezu vierzehn Jahren unlämpflich jeit erreicht werden wird. Vorwärts, Kameraden! Vor uns leuchtet die aufgehende Sonne der Freiheit!“

Benizelos zurückgetreten.

Der Staatspräsident lehnt das Rücktrittsgesuch ab.
Der griechische Ministerpräsident Benizelos überreichte dem Staatspräsidenten sein Rücktrittsgesuch. Der Staatspräsident lehnte die Annahme des Gesuches ab. Die Regierung verbleibt vorläufig im Amt.

Das Rücktrittsgesuch des griechischen Ministerpräsidenten ist ein bemerkenswertes Symptom für die außerordentlich gespannte politische Lage Griechenlands, das sich mitten im Wahlkampf befindet. Benizelos ringt um die Macht. Sein Hauptgegner ist Tsaldaris, dem man monarchistische Tendenzen nachsagt. Nichtsdestoweniger erhält er gerade letzterer von zwei starken republikanischen Parteien beachtliche Unterstützung im Wahlkampf. Benizelos hat sich der sogenannten Militärflüge angeschlossen, die allen monarchistischen Tendenzen scharfen Kampf angelegt hat und im Falle des Wahlsieges von Tsaldaris mit einem Putsch und der Errichtung der Militärdiktatur droht. Benizelos unternahm nun einen erfolglosen Schachzug: Auf das Treiben der Monarchisten hin begab er sich zum Staatspräsidenten, um ihm die Demission zu unterbreiten. Gleichzeitig machte er aber Palinis darauf aufmerksam, daß nach seinem Rücktritt die Verantwortung eines neuen Kabinetts unendlich ist, da die Militärführer sofort einen Staatsstreich unternehmen würde. Durch seine Ergebung erreichte es Benizelos, daß der Staatspräsident die Demission ablehnte und die Regierung im Amt blieb.

Ein Schwimnwunder.

Ein Mann ohne Beine schwimmt den englischen Kanal.
Der amerikanische Schwimmer Jimmy, der früher bei einem Unfall beide Beine verloren hat, startete am Freitag von South Foreland an der englischen Küste mit einem Versuch, den Kanal zu durchschwimmen. Jimmy nahm einen großen Vorrat von Zigaretten mit sich, die er unterwegs rauchen will. Die Wetterbedingungen beim Start waren durchaus günstig.

Explosion einer Dampföhre.

Jahreliche Tote und Verletzte.

Zwischen Ost River und Nicker Island in Newyork explodierte eine private Dampföhre, die 150 Arbeiter an Bord hatte, in der Mitte des Meeres. Die Fähre sank sofort. Die Arbeiter befanden sich unterwegs zu ihrer Arbeitsstätte, einem Zuckersüßkraut. Man nimmt an, daß die Ursache des Unglücks eine Kesselexplosion ist. Von den 150 Arbeitern wurden 75 Verletzt, die sich an den Strandbänken eingeklinkert, davon 20 schwerverletzt, 37 Tote sind bisher geborgen worden. Zahlreiche Körper wurden durch die Gewalt der Explosion völlig zerstört und auf die Häuserdächer am Ufer geschleudert. Hochendes Kesselwasser verbrühte die im Wasser Treibenden. Der Kapitän befindet sich unter den Toten.

„Unentgeltliche Verpflanzung“ bei Afghingern.

75 Angestellte unter Vertragsverbot.

In den vier Quellen der Afghingern A. G. in Berlin sind umfangreiche Unregelmäßigkeiten aufgedeckt worden. Die Ermittlungen ergaben, daß die seit einigen Wochen schwebend, in ein vorläufiges Abschluß gelangt. Die Verbindungen, an den Unregelmäßigkeiten beteiligt gewesen zu sein, richtet sich gegen 75 Personen, von denen 60 bereits umfassende Geldstrafen abgelegt haben. Der Schaden, der die Afghingern A. G. betroffen hat, beträgt mindestens 50 000 Mark. Aus den Geschäftsbüchern der Beschuldigten geht hervor, daß sie sich teils unentgeltlich verpflanzt und ihre Freunde und Bekannten an den Unregelmäßigkeiten teilnehmen ließen, teils die eingemommenen Gelder unterschlugen. Unter ihnen befinden sich Personen, die schon seit dreißig Jahren in dem Afghingernbetrieb angestellt waren. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung ist ein großer Teil der Beschuldigten entlassen und durch zuverlässiges Personal ergänzt worden.

Zuckers-Bergleiche angenommen.

In der gerichtlichen Gläubigerversammlung der Zuckers-Flugzeugwerke A. G. in Dessau wurde mit etwa 90 Prozent der anwesenden Stimmen der Vergleichsvorschlag der Gläubiger angenommen. Danach werden die Gläubiger mit Forderungen bis zu 500 Mark und auf diesen Betrag ermäßigt innerhalb eines Monats voll ausbezahlt. Die übrigen Gläubiger erklären sich mit einem einjährigen Moratorium einverstanden; jedoch wird diesen Gläubigern das Recht zuerkannt, das Moratorium zu widerrufen und einen Quotenvergleich auf Basis von mindestens 50 Prozent herbeizuführen. Für die Dauer des Moratoriums wird ein Verrechnungsstück der Gläubiger eingeleitet.

Von der Verwaltung wurde betont, daß auf Grund der in der letzten Zeit erfolgten Maßnahmen der Geschäftsführung und angesichts des Auftragsbestandes mit der Annahme des Vergleichs die Lage des Unternehmens als durchaus konsolidiert anzusehen sei.

Sindenburg begrüßt die „Niobe“-Spende.

Reichspräsident von Sindenburg hat an den Arbeitsausfluß des Volkstheaters „Niobe“ S. von Admiral A. D. Bauer folgendes Sandbriefchen gerichtet: „Sehr geehrter Herr Admiral! Mit warmem Interesse habe ich davon Kenntnis genommen, daß auf Wunsch vieler Volkstheater aus allen Berufsständen und Landesstellen aus Anlaß der „Niobe“-Katastrophe für das ganze Reichsgelände eine allgemeine „Volkstheater-Niobe“ eingeleitet worden ist, deren Ertragsliste dazu bestimmt sind, den Grundstock für den Bau eines neuen Schulfabrik zu bilden. Ich freue mich, aus dem Zustandekommen eines solchen, aus dem Entschluß breiterer Volkstheater hervorzuergangenen Süsswerts zu ersehen, daß das harte Geschick der Zusammengehörigen und Schicksalsverbundenheit in unserem deutschen Volke noch lebendig ist. Meine besten Wünsche gelten dem Erfolg Ihrer Werbung. Mit kameradschaftlichen Grüßen (gez.) von Sindenburg.“

Wieder billigeres Fleisch für Erwerbstlose.

Ab 1. Oktober soll die Fleischüberbilligungssatzung für Erwerbstlose wieder in Gang gesetzt werden. Vorgesehen ist, daß das Fleisch für Erwerbstlose um 20 Prozent in je Fleisch verbilligt wird. Die Fleischüberbilligung, die nur in den Sommermonaten ausgesetzt war, hat sich als wirksame Hilfe erwiesen.

Volks- und Provinzielles.

Hausammlungen für die Kriegsgräberfürsorge. Der Oberpräsident hat dem Provinzialverband Sachsen des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge in Magdeburg unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs die Genehmigung erteilt, in der Provinz Sachsen unter den üblichen Bedingungen Hausammlungen in der Zeit vom 13. bis 20. November und Straßenammlungen am 20. November 1932 zu veranstalten.

Annaburg. (Orthopädisches Turnen.) Seit Beginn dieses Monats ist auf Anregung der Schulleitung hin an der hiesigen Schule das orthopädische Turnen eingeführt. Was soll man sich darunter denken? Es handelt sich um „vorbeugende und ausgleichende Verlesübungen“, die gesundheitliche Schäden unserer Kinder beseitigen wollen. Dabei kommen für unsere Erziehung nur Fehler der zweiten und dritten Gruppe in Frage, d. h. solche Mängel des Körperbaues und der Haltung, die nicht durch irgendwelche Krankheiten entstanden sind. Gegen Verformungen und Verküppelungen erster Art kann allerdings unser orthopädisches Turnen wenig ausrichten. Aber es gibt insbesondere eine ganz Reihe von Haltungseffekten, die teilweise so auffällig sind, daß wir sie beim Baden an den Kindern selbst beobachten können. Auffällig sind die Rückgratsverformungen, sowohl in der frontalen Ebene als auch nach

Geld, das Arbeit schaffen könnte!

Von allen Seiten wird die Forderung nach energischer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhoben. Arbeitsbeschaffung ist nämlich die wichtigste und dringendste Aufgabe, für die alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden müssen. Die Aktion der Steueranordnungsbehörde ist eine der Maßnahmen, die zur wirtschaftlichen Belebung führen sollen. Auf die verschiedenste Weise wird versucht, die Gelbmittel zu beschaffen, die unentbehrlich sind, um die Belebung der Wirtschaft zu finanzieren.

Zu gleicher Zeit aber liegen gewaltige Summen Geld brach, die, wenn sie in der Wirtschaft tätig wären, mehr als einer Million Arbeitslosen wieder Arbeit geben könnten. Nach zuverlässigen Berechnungen ist die Summe der Gelder, die gegenwärtig noch zurückgehalten oder gesammelt werden, auf über eine Milliarde Reichsmark zu schätzen. Dieses Geld liegt verstreut in Kassen, Truhen und an anderen mehr oder weniger unsicheren Orten. Man sollte nicht glauben, daß die Besitzer in solchen Verleihen ihr Geld für sicher und gut aufgehoben halten. Statt es bei den bescheidenen Sparinstituten einzusammeln, halten manche Leute das Geld zurück, nicht beachtend, daß sie nicht wissen, wie sehr sie dadurch sich selbst und die Gesellschaft schädigen.

Das Geld, was bei den Sparkassen eingezahlt ist, schafft als Kredit in der Wirtschaft Arbeit und Erwerb. Je mehr Geld eingezahlt wird, desto mehr Darlehen können zur Durchführung wirtschaftlicher Aufgaben und Unternehmungen und damit zur Arbeitsbeschaffung gegeben werden. Geld, das nur irgendwo in einem Winkel aufgehoben liegt, ist für Wirtschaft tot, es fehlt bei der Arbeitsbeschaffung. Das mögen jene bedenken, die Geld, obwohl sie es in Mangelzeit gar nicht brauchen, aufsaufen behalten, statt es den öffentlichen Sparkassen anzuvertrauen.

der Seite. Bei den seitlichen Verformungen kann das Rückgrat nach rechts, nach links oder in S-förmiger Richtung verbogen sein. In der frontalen Ebene fallen besonders der flache Rücken, der Buckel und der hohle Rücken auf. Mit diesen fehlerhaften Verformungen der Wirbelsäule ist gewöhnlich auch eine anormale Bildung des Brustkorbes verbunden. Als ungelunde Bildungen des Brustkorbes sind beispielsweise die flache Brust, die sogenannte Hülsenbrust und die Trichterbrust zu bezeichnen. Solche ungelunden Erscheinungen will man das Sonnenturnen durch geeignete Übungen beseitigen und nach Möglichkeit beseitigen; denn in diesen Jahren ist der Körper des Schülers noch biegsam und elastisch. Die Einrichtung ist also in der Weise aufzuheben worden, daß am Hand des Gesundheitsbogens die einzelnen Schüler von den Schuljahren ausgedacht wurden.

Die Schullehrer, die der ganzen Einrichtung wohlwollendes Interesse entgegenbringen, haben aber nicht nur die Ausmaß getroffen, sondern auch in jedem einzelnen Falle auf die jeweilige Schwäche des betreffenden Kindes hingewiesen, um diesen Mängeln entsprechend die turnerischen Übungen zu wählen. Der Unterricht, der nur ganz kleine Abstellungen umfassen darf, liegt in den Händen einer orthopädisch geprüften Lehrkraft. Mit dieser Maßnahme wird nicht nur einer beherrschenden Vorrichtung genügt, sondern es wird vor allen Dingen den Schülern, die im allgemeinen Klassenunterricht infolge körperlicher Mängel nicht auf ihre Kosten kommen können, damit Gelegenheit gegeben, durch Sonderturnen ihren Körper zu stärken. Der gute Zweck dieser Einrichtung wurde auch von allen Mitgliedern des Elternbeirats gewürdigt und anerkannt.

„Annaburg.“ „Gesinde Ernährung in der Notzeit!“

So lautet das Thema, über welches Frau Lisa Mar aus Baden-Baden auf einem gut besuchten Vortragsabend des hiesigen Naturheilvereinigen im goldenen Ring sprach. Nach Begrüßungsworten des Vereinsvorsitzenden vorbereitete sich die Rednerin im ersten Teile ihres interessanten Vortrages über die Ernährung des Menschen im allgemeinen. Sie zeigte an Hand ausführlicher und leichtverständlicher Beispiele, daß der Mensch etwa siebenmal soviel Gemüse als Fleisch, Eier und Milchspeise zu sich nehmen soll. Der Willigkeit wegen müsse die Kartoffel bei der Ernährung im Vordergrund stehen. Man solle die Kartoffel aber nicht schälen, sondern mit der Schale im Dampf gar machen und nicht in Wasser kochen, da sonst ein wesentlicher Teil des Nährwertes verloren ginge. Weiterhin gab die Rednerin einen Ueberblick der besonders den Kindern zuträglichen Gemüsern. Besonders Augenmerk legte die Referentin auf die Herstellung der Rohkost, deren ausschließliche Zulassung sie nicht empfahl. Ferner sprach sie von der krankheitsverhindernden Wirkung der gemäßigten Rohkost. Gemüse können alle roh genossen werden. Die Verwendung von Del und den Genuss von Grau- und Vollkornbrot propagierte sie lebhaft. Der zweite Teil des Vortrages war ausgefüllt mit der Zubereitung von Roh- und gedämpfter Kost. Allgemein wurde von den Besuchern anerkannt, daß diese Art der Speisenzubereitung schmackhaft war. Nebenfalls wurden Wege gewiesen, wie es der Hausfrau möglich ist, auch mit beschränktem Mitteln ein gutes Essen für billiges Geld herzurichten. Die Ausführungen der Rednerin wurden mit großem Interesse aufgenommen und durch klaren Beifall gekrönt. Einige Neuankömmlinge tonnte der Naturheilverein an diesem Abend buchen.

Gloßa, 7. Sept. (Rohkost oder Dummerjungentreich.) In einer der letzten Nächte wurden dem Kenner Schmidt sämtliche Weintrauben vom Weinloft an seinem Wohnhaus gestohlen. Bisher ist noch nicht geklärt, ob es sich um einen Rohkost oder um einen Dummerjungentreich handelt.

Cremitz, 7. Sept. (Verurteilung verurteilt.) Der Landwirt Richard Haus von hier war vom Torquar Schöffengericht zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis wegen verurteilten Verleumdungsbeitrags und vorläufiger Brandstiftung verurteilt worden, nachdem eine Ortsbefähigung den Angeklagten hat belastet hatte. S. hatte Hypothekenschulden in beträchtlicher Höhe und außerdem Privatschulden von einigen tausend Mark. Die Gebühre, einschließlich Mobilien, waren mit rund 25 500 Mark verpfändet. Das Feuer war angelegt worden und die Schuld des Angeklagten schien erwiesen. Gegen das vorläufige Urteil hatte S. Berufung einge-

legt, die geklärt von der Großen Strafkammer in Torquar gemormen wurde. Das Gericht gab aber weiterhin der Berufung der Anklagebehörde Raum und verurteilte S. zu 2 Jahren Gefängnis. Außerdem wurden ihm die Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt.

Rehfeld (R. Torquar). Im Frühjahr d. J. ging durch die gesamte Presse eine Notiz von einer Willkür-Gebühre, die der Müller Schöne in Rehfeld von einem verstorbenen Verwandten in Aufträgen antreten sollte. Obwohl die ganze Erbschaftsangelegenheit in viele Felle gerückt ist, erhielt Schöne Beteiligungs in großer Menge. Schöne hat u. a. dem bei ihm in Untermeile wohnenden Schloffer Paul S. einige tausend Mark nach Erhalt der Erbschaft verpfändet. S. machte sich die Kenntnis von Einzelheiten der Schönen Angelegenheit zunutze und schrieb an einen Geldgeber in Leipzig unter dem Namen seines Vermeyers, daß „in einigen Tagen ein großer Teil der Erbschaft in Dresden ausgezahlt werde“, von diesem Gelde sollte der Geldgeber 25 000 M. erhalten. Dieser schöppte jedoch Verdacht und erlittete Anzeige. Jetzt hatte sich das Schöffengericht mit der Angelegenheit zu befassen. Es verurteilte S., dem auch noch ein Krawatten Diebstahl in einem Warenhaus nachgewiesen werden konnte, wegen Urkundenfälschung, Rückfallbeitrags und Diebstahls zu 8 Monaten und 4 Tagen Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust.

Herzberg (Ester), 9. September. (Große Unterjählungen aufgedeckt.) Bei dem Rechtsanwalt und Notar Bergmann sind große Unterjählungen des Büroverwalters Marting aufgedeckt worden, die sich auf etwa 60 000 M. belaufen. Die Ermittlungen reichen einige Monate zurück. Marting war 13 Jahre bei Rechtsanwalt Bergmann im Dienst und behaß dessen vollstes Vertrauen.

Cochstedt. Freitag früh ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Dampfplumunternehmer M. aus Langenweddingen pflogte den Hofstoppelplan des Landwirts Köhn am Späßen Steinberg. Beim Weiterdrücken der Lokomotive, die am Gange des Berges arbeitete, ließ der Führer die Geschwindigkeit über seine schwere Maschine verloren gehen. Die Vorderachse drehte sich dem Gange zu und die Lokomotive tauchte den tellerhoh 70 Grad steilen Berg hinunter, gerade auf eine Bappel los, die etwa 30 Meter tiefer stand. Der 50 Zentimeter dicke Baum wurde glatt abgeknitten. Erst 8 Meter weiter kam die Maschine zum Stehen. Die Bappel stürzte auf die Lokomotive und stieß den noch am Steuer stehenden Maschinisten. Die Lokomotive muß mit großer Geschwindigkeit den Berg hinuntergefahren sein, denn auch das Zugel zum Pfug konnte den Sturz nicht bremsen. Der gefürchte Führer ist der 40 Jahre alte Ernst Boehner aus Welsleben. Er hinterläßt Frau und mehrere Kinder.

Goldberg. (Fischerleben durch Raft.) In Oberharperdsdorf lief einem Fischer infolge Unvorsichtigkeit der Inhalt eines Raftens überschüssig in den Dorfbach. Auf einer Strecke von über einem Kilometer setzte ein großes Fischerboot ein. Fast der größte Teil der erst vor wenigen Jahren eingeklinkten Bachforellen kam tot an die Oberfläche.

— Wie verhalte ich mich beiLAGen? —LAGen oder verlagern lassen — welches Gericht ist zuständig? — Zahlungsbeleg oder LAGe — Zahlungsbelegrechtlich — Soll man Veräußerungsrecht beantragen? — Was macht man bei Ladungen zu ausmähligen Terminen? — Gewährung des Armenrechts — Mit welchen Kosten muß ich rechnen? — Welche Kosten kann man vom Gegner erlitten verlangen? — Alle diese wichtigen Fragen der Praxis behandelt ein ausführlicher Aufschluß in den Wirtschaftlichen Kurzbüchern. Weitere aktuelle Aufträge behandeln unter anderem: Lohnsteuerfragen — Rechtsprechung aus dem Baupfaffenwesen — Die neue Arbeitslosenliste u. a. Die BR haben schon manchem Geschäftsmann hunderte von Mark an Steuern sparen helfen. — Fordern Sie deshalb kostenlos Probenummern vom Rudolf Lorenz-Verlag, Charlottenburg 9.

Turnen, Spiel und Sport.

RegelSport. Am Donnerstag hielt der Regellub „Germania“ sein 2. Monatspreisspiel in Stadt Berlin ab. Leider waren von 14 Mitglieder 4 daran verhindert teilzunehmen. Von den Beteiligten wurden auf 25 Regeln folgende Resultate erzielt: 1. Preis Wily Hofmann 123 Holz; 2. Preis W. Hofmann 127 Holz; 3. Preis Richard Wenz 125 Holz; 4. Preis Bruno Richter 124 Holz; 5. Preis Kurt Hofmann 123 Holz; 6. Preis Wily Hofmann 123 Holz. Wie wir erfahren, beschäftigt vor genannter Club dem Deutschen Regler-Bund beizutreten, welches auch sehr zu begrüßen wäre. Vorwärts immer, rückwärts nimmer.

Kirchliche Nachrichten.

Am 16. Sonntag nach Trinitatis:
Annaburg. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. Herr Pf. Schradt Vorm. 11 Uhr Kinder Gottesdienst.
Kirchliches Kreis-Jugendfest in Jessen.
Söben. Vorm. 10.45 Uhr Gottesdienst. Hr. Pf. Hilbert.

Markt-Kalender.

12. Septbr.: Krammarkt in Breititz.
13. Septbr.: Schweinem. in Wlaba.
14. Septbr.: Schweinem. in Schönwalde.
15. Septbr.: Schweinem. in Annaburg.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 12. September 1932, nachmittags 1 Uhr findet im Golphof Weintraube die diesjährige Ziegenbockringung statt.
Annaburg, den 10. September 1932.
Der Gemeinde-Vorstand.



Schönere Wäsche durch richtiges Waschen!

Eine wundervoll reine, klare Wäsche von höchster Sauberkeit und prachtvoll frischem Duft gibt die richtige Anwendung von Persil. Nehmen Sie auf je 3 Eimer Wasser 1 Normalpaket Persil. Lösen Sie Persil allein - ohne jeden weiteren Zusatz an Seife und Seifenpulver - in kaltem Wasser auf. Kochen Sie die Wäsche nur einmal kurze Zeit in der Persillauge. Spülen Sie dann gut, erst heiß, dann kalt. Wenn Sie Persil so gebrauchen, nutzen Sie alle seine Vorteile voll aus.

Persil bleibt Persil

Zum Einweichen der Wäsche. zum Weichmachen des Wassers: Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Was niemand ungelesen glauben mag: **Sonder-Angebot 6 Pf.-Zigarre** mit feinem Gumatra gedreht in 10 1/2 cm Länge. Bitte beachten Sie meine Auslagen, die Ihnen bekäftigen, daß außerdem jede Ware eines guten Cigarren-Fachgeschäfts preiswert erhältlich ist. **Louis Hofmann, Jorgauer Gtr. 20**

FÜR DEN ELEGANTEN HERRN
GUTE KLEIDUNG
TADELLOSER SITZ
Ich empfehle mich für Anfertigung von Maßkleidung aus besten Stoffen und Zutaten. Für tadellosen Sitz und gute Ausführung trage ich Sorge. Neue Muster von preiswerten Qualitätsstoffen sind eingetroffen und stehen zu Ihrer Wahl bereit.
Hochachtungsvoll
RICHARD REICHERT, Baderei 15

Neu eingetroffen:
Herren-, Damen- und Kinder-Sportwesten
Herren-Zullover mit u. ohne Aermel
Knaben-Strickanzüge
Strickwolle in allen Farben
Sebastian Schimmeyer.

Vergessen Sie nicht
bei Vergebung Ihres Bedarfs an Drucksachen bei uns anzufragen!
Wir liefern Ihnen sämtliche
DRUCKSACHEN
für Industrie, Gewerbe und Privat schnell, sauber und preiswert.
Buchdruckerei Steinbeiss
Annaburg, Fernruf Nr. 224

Mittellager
Zorpedireiläufe
Kometfreiläufe
Felgen, Starre Naben
Borderrad-Naben
Koffreie Speichen
Glocken, Rücklichte
Lenker, Ketten
Reparaturen
Annaburger Fahrradzentrale
Martha Stein.

Kaffeefiltrierpapier „Melitta“
(geschnitten, in Kartonpackung), empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung

Zufleidende!
Am Montag, den 12. Septbr., zwischen 11-6 Uhr finden
kostenlose Beratungen
durch den **Fußspezialisten Herrn Kamprath-Beipzig** in meinem Geschäft statt.
Erwachsene sorgen Sie für Gembelhaltung Ihrer Füße, für Befreiung und Verhütung aller Fußleiden, Fußschmerzen und Fußleiden.
Eltern achten Sie auf die Füße Ihrer Kinder, gerade in der Kindheit werden durch Tragen ungewöhnlichen Schuhwerks die Grundlagen für zahlreiche Fußkrankungen gelegt. Darum kommen Sie, denn Sie erhalten für Ihre lebenden Füße sachmännischen Rat und Hilfe.
Max Freidank

Kinder-Nährmittel
Neulle und Aufels's Kindermehl, Condensierte Milch, Hafermehl, Haferflocken, Dinkel-Nährweibad, Milchzucker, Kaiser Hafer-Katao, Kalzan, Lebertran-Emulsion empfiehlt
Drogerie und Photo-Haus Otto Schwarze,

Die ersten Sendungen
Damen-Herbst- und Winter-Mäntel
sind eingetroffen. Ich zeige Ihnen in meinem Geschäft die neuesten Modelle, die die diesjährige Mode vorschreibt. Besichtigen Sie bitte zunächst meine Schaufenster! Vielleicht finden Sie schon den richtigen Mantel für sich, den ich Ihnen gern zurückhänge; auch ist jetzt die richtige Zeit für Extrabestellungen, weil später dann manche Stoffe vergriffen sind.
Emil Bortfeld
Diesen Sonntag ist mein Geschäft geöffnet!

Christlichen Rat
in allen Rechtsfragen, sowie Anfertigung aller Klagen, Schlichtsäge, Gesetze und Rentensprüche erstellt und fertig an
Herm. Beier, Annaburg, Gärtnerstraße 7
Salon-Tinte
empfehlen S. Steinbeiß.

Gasthof zur Kleinbahn
Sonntag, d. 11. Septbr., bringt die **Micki Maus** das weiß ich, **alle Schlager** neueste Sachen, Jung u. Alt wird dabei lachen. Ergötzt ladet ein **Herm. Beier.**
Eine größere und mehrere kleine
Alterparzellen
verpachtet
Dorotheenhof.
Dabei ist sind abzugeben:
Erdbbeerpflanzen.
Frachtbriele
empfehlen die Buchdruckerei

Eine Kuh
steht zum Verkauf
Söben Nr. 15.
Empfehle in la Qualität zu billigen Preisen:
Öel
Maschinen-Motoren-Zentrifugen-Fahrrad-Fußboden-Ölölens-Wops- und Brenns-Stauffer, Wagen- u. Lederfette
Fischtran
Bohnerwachs lose und in Packungen
Wöbel-Politur
F. Käblich's Nachf.
Inhab.: Martha Müller.

Werbe-Woche!
Mit Eröffnung der Herbst-Saison veranstalte ich eine
Mantel-Werbewoche.
Unsere bisherigen Erfolge sprechen von einer Spitzenleistung in Qualität, Mode und Preis!
Beschäftigen Sie bitte meine Schaufenster-Auslagen!
Beginn des groß. Propaganda-Verkaufs am **Montag, den 12. September,** mit Preisen, die wirklich werben müssen!

Fahrräder
Boston 50.- Mf.
Ideal 60.- Mf.
Dyck-Blog 75.- Mf.
Klaweto, 3/4 Ballon 75.- Mf.
Gisa, Ballon 85.- Mf.
Alle Räder mit Freilauf
Beden 1.60, Schläuche 0.75, Ketten 1.-
Pedalen 1.25, Glocken 0.30, Griffes 0.40
Rehe 0.75, Sättel 3.50, Satteldecken 0.75
Pumpen 0.50 u. 0.90, Freilaufnabe 8.-
Rücklicht 0.25, Voislampen 12.50
Alle Reparaturen und Ersatzteile
Fritz Ködler, Fernruf 255

Ernst Peschke,
Ackerstraße 16 / Das Haus der guten Qualitäten!
Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Das Recht auf Waffen.

Auch wer die Geheimdiplomatie nicht zu Unrecht als der Ubel größtes hält, wird es keineswegs für besonders erfreulich ansehen, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich über des deutschen Volkes Forderung nach militärischer Sicherheit und Gleichberechtigung nun gleich in ihrem Anfangsstadium jetzt der weitesten Öffentlichkeit unterbreitet worden sind. Aber die ganze Art und Weise, wie Paris den ersten diplomatischen Schritt Deutschlands in dieser Angelegenheit behandelt hat, zwingt die Reichsregierung einfach dazu, durch offene Darlegung ihrer an die französische Regierung geleiteten Erklärungen und Forderungen nachdrücklich eine Atmosphäre des Verheeres und Verzerrens entgegenzuwirken, die von Paris aus — mit fanatischer Willkür durch Herrn Serriot, französische Zeitungen in aller Welt zu verbreiten suchten. Unterfüßt sogar wurde diese Gegenaktion des offiziellen und offiziellen Frankreichs nun auch noch dadurch, daß die deutschen Erklärungen, die doch erste Schritte zur Einleitung von Verhandlungen zunächst allein mit Frankreich sein sollten, von Serriot sofort auch allen anderen Regierungen überreicht wurden, soweit diese Vertreter des englisch-französischen Vertrauenspaktes Kaulaner Ursprungs geworden waren. Dadurch wurde aus der ursprünglich nur mit Frankreich geplanten vertraulichen Aussprache eine „Haupt- und Staatsaktion“ europäischen Charakters gemacht — was in Paris auch zweifellos beachtlich war, weil so etwas den Fortgang der Verhandlungen nicht gerade erleichtert! Der deutsche Außenminister hat demnach „diplomatisch“, aber doch ganz unzweideutig gleich noch seiner „Bemüderung“ darüber Ausdruck gegeben, welche seltsame Fortsetzungen in Paris der erste deutsche Schritt zu Sonderverhandlungen mit Serriot gefunden hat, zumal, wie Herr von Neurath jetzt auch mitteilt, bereits bei Schluß der Abrüstungskonferenz im Juli solche Sonderverhandlungen zwischen dem Reich und Frankreich im Gange waren. Um vereint worden sind, denn in Genf habe sich gezeigt, „daß Frankreich sich auf der Konferenz dem deutschen Standpunkt in der Gleichberechtigungsfrage noch am wenigsten genähert habe“. Dieser diplomatische Ausdruck: Frankreich und seine ostentativen Trabanten haben diesem Standpunkt entschieden widerprochen.

Ganz kurz formuliert stellt sich diese deutsche Forderung nach Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage so dar, daß wir diese militärische Abrüstungsgleichberechtigung einerseits aus Sicherheitsgründen verlangen, andererseits aus dem Entschluß heraus, uns nicht länger als „Nation 2. Klasse“ behandeln zu lassen. Die militärische Gleichberechtigung hätte sich in ihrer tatsächlichen Gestalt an dem Punkt einzustellen, den die Angelegenheit des Ereignisses der Abrüstungskonferenz bestimmt war; was also in Genf herabkommen wird, muß entscheiden, ob die Weltabrischung so weit geht, daß selbst beim jetzigen Abrüstungsstand Deutschlands für unsere Sicherheit eine trügerische Gefahr nicht mehr besteht.

Deutschland ist nun aber, wie aus den jetzt veröffentlichten Erklärungen zu ersehen ist, noch zu einem Entschluß nicht gekommen, bereit angeht die bisherigen, von Wirklichen und vermeintlichen Schwierigkeiten randvoll angefüllten Entwicklung der Weltabrischung. Es wird dort angedeutet, daß Deutschland „mit gewissen Modifikationen“ seines Abrüstungsstandes sich begnügen werde, wenn eine erste Konvention noch nicht zu einer damit verbundenen Weltabrischung kommt, wie sie uns durch die Verfechter Abrüstungsbestimmungen anferlegt ist. Also: wir würden trotz der auch dann uns noch fehlenden Sicherheit nicht aufhören, — aber nur unter der Voraussetzung es nicht tun, wenn bereits in einer solchen ersten Konvention „das Recht Deutschlands auf einen, seiner nationalen Sicherheit entsprechenden Abrüstungsstand in geeigneter Weise zum Ausdruck kommt“, dieses Recht anscheinend uns, gegen wir einmal erwidert, fähig zuerkannt wird. Es ist den Franzosen auch gleich

gesagt worden, wie sich die Reichsregierung diese „Modifikation“ des gegenwärtigen deutschen Abrüstungsstandes denkt, — und das ist nun ein hundertmaliger Unterschied zu den angeblichen „Abrüstungsabsichten“ Deutschlands, die von Paris aus in die Welt hinausströmpet wurden, um Deutschland aus einem neuen Vorstöße einer umfassenden Abrüstung zu differenzieren. Dabei wäre dieses beabsichtigte neue Verbot demnach radikal auf die reine Verteidigung abgestellt, daß z. B. das schweizerische Militärwesen hiergegen geradezu als Angriffswaffe erscheint. Wir würden ja auch das Recht auf Waffen, die nach der ersten Konvention über die Weltabrischung erlaubt sind, nur „grundsätzlich“ in Anspruch nehmen, — übrigens schon deswegen, weil nach fastlichen unsere finanzielle Lage bei den angeblichen „Abrüstungs“wünschen einige Worte mitzureden hat!

Wie die in diesen langen Veröffentlichungen dargelegten ersten Schritte und damit die deutschen Wünsche festgestellt werden sollen, ist durch die Haltung des Verhandlungspartners zur Zeit ganz ins Ungewisse verschoben worden. Sehr hoch ist in Genf die Kommission der Abrüstungskonferenz zusammen, die Verordnungen über die Weiterführung ihrer „Arbeit“ abhalten will. Da „muss die Entscheidung über unsere Gleichberechtigung fallen und seine Konferenzmacht darf sich nicht einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage entziehen; denn niemand kann Deutschland zumuten, sich noch länger mit einer Diskriminierung abzufinden, die die Ehre des deutschen Volkes und seiner Sicherheit unvereinbar ist.“

So hat der deutsche Außenminister den Gang in das nächste Ziel vorgezeichnet.

Die Beschwerden gegen die Polizei unter der früheren Preußenregierung.

Der auf nationalsozialistischen Antrag eingeleitete Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtages zur Nachprüfung von Vorwürfen gegen die preussische Polizei hielt seine erste Sitzung ab. Der Vorsitz führte Abgeordneter Schwent (Kommun). Der Berichterstatter Abg. Salzwitz (Mit. Sos.) teilte zunächst mit, daß er aus den verschiedenen Gegenden Preußens bisher über 300 Schreiben erhalten habe, in denen über das Verhalten der Polizei Beschwerden geführt werde. 200 dieser Beschwerden seien zur Einleitung eines Untersuchungsverfahrens geeignet. Die Beschwerden liefen sich in drei große Gruppen einteilen. Die erste Gruppe umfaßte Vorwürfe allgemeiner Natur, wie z. B. Zusammenstöße mit der Polizei bei größeren Versammlungen, a. die Verstöße anlässlich der Zerstörung in Berlin und der Verfall-Lustgartenumgebung in Berlin gehörten. Die zweite Gruppe umfaßte Übergriffe von einzelnen Polizeioffizieren und Beamten. In der dritten Gruppe seien die Erfolge und die Verfügungen des preussischen Innenministeriums und der Kommandos der Schutzpolizei zu namenzuführen, die von Serriot, die Polizeioffiziere und Beamten in verschiedenen Städten Preußens. Insgesamt seien etwa 100 Fälle zu untersuchen, von denen 40 bereits zur Untersuchung reif wären.

Ein Neunzehnjähriger vom Sondergericht zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

Wegwitz. Das Sondergericht zu Wegwitz verurteilte den 19jährigen Schwermüßigen Walter Wiermann aus Bunzlau wegen schweren Diebstahls in zwei Fällen, verurteilt Zuchthaus und unbedingtes Waffenbesitzes zu acht Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrenstrafenverlust. Wiermann hatte in ein Geldhaus eingebrochen. Als er von zwei Frauen überfallen wurde, schloß er aus einem Revolver und verletzte dabei eine Frau schwer.

Die Arbeitsbeschaffungspläne der NSDAP.

Im Braunschweig in München fand eine Arbeitsbeschaffungspläne der NSDAP statt, in der Gottfried Feder über die Grundlinien eines Arbeitsprogramms sprach. Feder lehnte eine Zielsetzung ab und legte sich für die Zielsetzung auf der Grundlage von Meliorationen und eine folgerichtige Straumpolitik ein, ferner für die Wichtigkeit des Straßenausbau, der Wasserkräftnutzung, der Wasserflößwirtschaft, der Sanseparaturen usw. Einen weiteren Gegenstand der Aussprache bildete das Handelsvertragswesen, das Stantingentiersystem, die Notwendigkeit der Forderung und Hochwasserforschungen, die Herabsetzung des überhöhen Zinsfußes und die Abschaffung des Latitudinings als Voraussetzung einer zünftigen Arbeitsbeschaffung.

Die Wirtschaftsstagung der NSDAP.

Auf der Wirtschaftsstagung der NSDAP in München über die Frage der Arbeitsbeschaffung sprach Dr. Albrecht die Stellungnahme des Nationalsozialismus zur Autarkiefrage dahin auseinander, daß Deutschland nichts einführten sollte, was im Lande selbst erzeugt und bereitgestellt werden könne. Abgeordneter Feder forderte, daß die Außenhandelspolitik im Sinne der Stärkung des Binnenmarktes geübt werden müsse. Diplomatiker Wirth trat den Nachweis an, daß Deutschland vorwiegend weitgehend in der Lage sein werde, für seinen Bedarf selbst zu erzeugen. Oberingenieur Schmidemann forderte eine das Interesse der Volkswirtschaft wahrende Gesetzgebung den Wirtschaften gegenüber. In einem Vortrag über Wasserstoffnutzung und Wasserflößwirtschaft betonte Dr. Gannoy die Wichtigkeit, die Grundstoffe der Wirtschaft von Staat erlassen zu lassen. Weitere Vorträge bezogen sich auf Meliorationen und Zielsetzung, auf das Kapitel Staatsaufträge und Privatwirtschaft.

5225 000 Arbeitslose.

Die Arbeitsmarktlage im Reich. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. August waren am 31. August bei den Arbeitsämtern rund 5 225 000 Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem Stand von Mitte August ist dieser Zahl um rund 158 000 niedriger. Während der Berichtzeit haben sich die neuen Bestimmungen über die Prüfung der Arbeitsbeschäftigung und über die Abgrenzung des Personenkreises der Arbeitslosen noch weiter ausgemittelt, gleichzeitig hat aber der Arbeitsmarkt einzelner Berufsgruppen auch eine tatsächliche, überdies in der Jahreszeit begründete Entlastung erfahren. Welchen Anteil diese verschiedenartigen Einflüsse an der Gestaltung des abgemessenen Gesamtergebnisses haben, entzieht sich der Feststellung.

Am 31. August entfielen auf die Arbeitslosenversicherung rund 688 000, auf die Arbeitslosenversicherung rund 1 298 000 Hauptunterstützungsempfänger. Bei Postkassenspenden der wirtschaftlichen Arbeitslosenförderer waren schätzungsweise 65 000 Personen beschäftigt. Im freiwilligen Arbeitsdienst wurden Ende August rund 130 000 tatsächlich beschäftigte Arbeitsdienstwillige gezählt. Die Zahl der von den Gemeinden betreuten Wohlfahrtsverbunden, die nach den neuen Grundsätzen der Rostordnung von den Arbeitsämtern anerkannt wurden, belief sich auf rund 2 016 000.

Die einzelnen Landesarbeitsamtsbezirke haben durchweg einen Rückgang der Arbeitslosenzahl aufzuweisen, der allerdings vielfach erheblich vom Reichsdurchschnitt nach oben oder unten abweicht.

Nur die Eine

Von Geri Rothberg.

58. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
„Aber ansehen kann man sich doch! Und nebenan ist der Tanzsaal, also, es braucht durchaus nicht das Hotelzimmer zu sein. Dort wird man melancholisch, Hotelzimmer wirken immer melancholisch. Man sieht sich da unwillkürlich nach Hause.“
„Sie sah mit Interesse in seine Augen.“
„Sie haben recht.“ sagte sie leise und dachte an das alte Karlsruher droben im verlegenen Hipkreuzen.
22. Kapitel.
An einem der nächsten Tage kam Ulriche Warburg mit festem glühendem Gesicht zum ersten Frühstück, das sich die Damen auf ihrem Zimmer ferrieren ließen und wo Anne-Marie schon wartete. Sonst war es immer umgekehrt, da Anne-Marie immer gern etwas länger schlief.
„Entschuldig, Anne-Marie, doch ich hatte Post von Nikita.“
„Ihr Nikita ging zur See.“
„Von zu Hause, Großi? Doch nicht etwas Unangenehmes?“ fragte Anne-Marie.
„Nein, durchaus nicht.“
„Na, dann ist es ja gut, Großi.“
„Du bist schon fertig, Anne-Marie?“
„Natürlich, ich will gleich nach dem Frühstück zum Tennis. Lord Grene wird längst warten, er ist ein Frühjahrsfeher. Der Platz wird heute trodener sein, denn die Sonne meint es schon seit Stunden gut.“
Durch das geöffnete Fenster strömte eine erquickende Luft herein.
Anne-Maries Gesicht zeigte einen zarten, rosigen Schimmer. Sie hatte sich ausgezeichnet erholt. Bei Tage war sie immer frisch und guter Dinge, um der Tante eine Freude

zu machen. Doch eben das stand sie noch Stundenlang in ihrem Zimmer an Fenster und dachte an Diez Wentendorf.
Trotz allem würde ihm die ganze große Liebe ihres Seins immer gehören.

Als Anne-Marie an diesen Morgen zum Tennis gegangen war, zog Ulriche Warburg den Brief, den sie heute früh erhalten, noch einmal aus der Tasche. Er war nicht von Nikita, wie sie Anne-Marie gesagt, sondern war von Wentendorf und lautete:

„Gnädigste Baronesse!
Verzeihen Sie mir gütigst die Kühnheit, an Sie zu schreiben. Ich muß Ihnen jedoch einmal die volle Wahrheit mitteilen. Ich liebe Baronesse Anne-Marie und ich kenne kein größeres Glück, wie sie zu besitzen, sie meine Frau nennen zu dürfen. Ich weiß, daß auch Anne-Marie mich liebt und nur das Mitleid mit Elisabeth Gülfow läßt sie sich in ihrem Trotz und ihrer Abneigung gegen mich behaupten. Das ist falsch, ganz falsch.
Elisabeth Gülfow löste nicht ihre Verlobung mit mir. Sie hat mich damit von einem unaufhängigen Vasein erlöst, das ich wohl noch niemals war. Anne-Marie schuld an dieser Trennung.“

Ich bitte Sie um die Erlaubnis, gnädigste Baronesse, nach Lugano kommen und mich dort noch einmal um Anne-Marie bewerben zu dürfen. Ich bitte, mir die Art und Weise nicht verübeln zu wollen, doch es ist die einzige Möglichkeit für mich, endlich zu wissen, wie Baronesse Anne-Marie heute über mich denkt.
Ich erwarte Ihre persönliche Antwort und werde mich danach richten. Nikita wollte mir Ihre Adresse durchsamt nicht verraten. Doch er ist kuvert verlor, dafür konnte er nicht. Ich bitte, ihm nicht zu zürnen.
Indem ich hoffe, daß es Ihnen wie Baronesse Anne-Marie gesundheitlich gut geht, verbleibe ich mit ausgezeichnetester Hochachtung und ergebenem Gruß

Diez von Wentendorf.
Lange ging Ulriche Warburg mit sich zu Rate.
„Also doch!“

Und gerade jetzt, wo sie nicht wußte, was sie ihm antworten sollte. Jetzt, wo Anne-Marie sich augenscheinlich in der Gesellschaft von Lord Grene wohl fühlte.

Ratlos ging Ulriche auf und ab. Später ging sie auch in Anne-Maries Zimmer hinüber.
Auf dem Nachtschlaf lag das kleine Medallion, das Anne-Marie oft zu tragen pflegte.

Wegwitz nahm die alte Dame das Schmuckstück auf und öffnete es.
Da fuhr sie zurück. Das war doch Diez von Wentendorf? Die kleine Aufnahme schien aus einer Postkarte herausgeschnitten worden zu sein. Wahrscheinlich hatten sich die jungen Leute in Berlin bei einer gewissen Zusammenkunft einmal alle zusammen photographieren lassen. Und Wentendorfs Bild hier in Anne-Maries Medallion?

Ulriche Warburg mußte auf einmal, wie die Antwort lauten mußte, die sie Diez Wentendorf geben würde.
An einem der nächsten Abende waren die Damen Warburg bei einer gesellschaftlichen Zusammenkunft im großen Saale des Grandhotels zugegen.

„Die alte Warburg in ihrem ewigen schwarzen Spitzenkleide macht mich noch ganz nervös“, sagte Frau Faresku, die schöne Numamin mit den lebensfähigen Augen.
„Es ist Raffinesse, meine Liebe, bei der jüngeren ganz bestimmt“, sagte Lady Stonecroft. „Unter jeder Lord Grene ist ja auch prompt darauf hineingefallen.“

Die wasserblauen, kalten Augen der überflachten Landstreifen misfälligen das schöne Mädchen im einfassen, weißen Kleide.

Eine betauschend schöne Musik tönte durch den Saal. Anne-Marie tanzte mit Lord Grene. Seine schlanke, sportgestaltete Gestalt sah im Frack vorzüglich aus. Er plauderte hinein.

Anne-Marie fühlte sich im Banne seiner Unterhaltung. Auf einmal sah sie mit weitgeöffneten Augen auf die gegenüberliegende Seite. Dieser große, schlante Herr dort drüben, das war doch?

(Fortsetzung folgt.)

Die Finanznot der Landgemeinden.

Ausreichende Reichsmoßfabrikstoffe gefordert.
Die Finanznot vieler Landgemeinden ist nach Mitteilung des Deutschen Landgemeindetages nach wie vor durch Reichsmoßfabrikstoffe so groß, daß eine durchgreifendere Hilfe von Reich und Ländern Platz greifen muß. Die von dem Deutschen Landgemeindetage immer wieder eroberte Forderung einer Reichs- oder Reichsteilung für je 10 qm mit dem Ziele einer Entlastung der Gemeinden in vollem Umfang aufrechterhalten. Was zu ihrer Erfüllung mit einer ausreichenden Erhöhung der Reichsmoßfabrikstoffe sowie vor allem eine Verteilung der freigelegenen Gemeinden entsprechend von ihnen aufzubringenden Moßfabrikstoffen erfolgen. Außerdem ist die Abführung der Unterzugsbeiträge in der Kreisverwaltungsabteilung und Kreisfiskalämtern nach Gemeindegruppen und Ortsteilen durch einheitliche Festsetzungen für Gebiete mit gleicher wirtschaftlicher Lage und gleichen Preisverhältnissen abzuführen. Die Notwendigkeit einer umfassenden Reichs- und Verwaltungsreform ist von den Landgemeinden stets anerkannt worden. Eine derartige Reform muß jedoch von dem Willen der Bevölkerung getragen sein, auf die Gemeinden als den geschäftlich begründeten Unterbau des Staates die gebührende Rücksicht nehmen und endlich die Anerkennung der Landgemeinden als in verwaltungsrechtlicher und finanzpolitischer Hinsicht mit den übrigen Gemeinden und Gemeindeverbänden gleichberechtigte Selbstverwaltungskörper bringen. Die Landgemeinden fordern, daß die kommunalen Spitzenverbände bei den bevorstehenden Reformmaßnahmen rechtzeitig und weitestgehend eingeschaltet werden.

Wie die Bürgersteuer erhoben wird.

Die Reichsregierung hat als neue Befassung in der Rotenburger Reichsversammlung die Bürgersteuer in dem Vierteljahr Oktober bis Dezember 1932 verabschiedet. Die Bürgersteuer wird in diesem Vierteljahr abgefordert. Zunächst wird nur die Hälfte der Steuererträge erhoben. Dann wird weiter bei Verheirateten der Zuschlag von 50 Prozent für die Ehefrau gefordert. Außerdem werden noch weitere 25 Prozent der sich ergebenden Steuererträge gefordert, weil die Veranlagung auf das Jahr 1931 zurückgeht.
Danach hat ein Verheirateter, der bisher dreimal 6 Mark gleich 18 Mark zu zahlen gehabt hätte, für die Monate Oktober bis Dezember 1932 insgesamt nur noch 6,75 Mark zu zahlen.
Wer als Verheirateter bisher dreimal 9 Mark gleich 27 Mark zu zahlen hatte, hat für die drei Monate auch nur noch 6,75 Mark zu zahlen.

10000 feindliche Flugzeuge an Deutschlands Grenzen.

Die großen Luftschulübungen in Schleswig-Holstein.
Die großen Luftschulübungen des Deutschen Luftwaffenverbandes und der Reichsmarine, die im ganzen Gebiet von Schleswig-Holstein, Eider- und Meldorf bis zur Linie Kurhagen-Samburg-Nordsee durchgeführt werden, haben eine Reihe hervorragender Gänge nach Kiel geführt. Auch der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. e. h. Raeder, ist anwesend. Von ausländischen Gästen sind ein Vertreter der amerikanischen Marineattaché Captain Callaghan, der holländische Marineattaché Graf Ervenkorn und der japanische Marineattaché Kapitän zur See Yendo.
3000 Personen hatten sich in der Nord-Deich-Halle in Kiel vereinigt zu der Kundgebung des Deutschen Luftwaffenverbandes. Generalleutnant a. D. von Hülpenthal gab ein Wort von der Lage der Luftwaffenkräfte. Der Verfall der Vertrag habe Deutschland rechtlos gemacht. Selbst Sportfliegern sei unferne Reichswesen verboten, und nur wenige Abochregerische seien für Festungen und Kriegsschiffe zugelassen. Dabei habe sich das Flugwesen technisch fürnehmlich entwickelt. Bombenflugzeuge könnten heute 180 bis 340 Kilometer Stundengeschwindigkeit. Ihr Flug-

bereich betrage 800 bis 1000 Kilometer, ihre Tragfähigkeit 1000 bis 4000 Kilogramm, in Höhen bis 15 000 Kilogramm. Da Sprengbomben 20 bis 1000 Kilogramm wiegen, Bombenbom 20 und Gasbomben 50 bis 100 Kilogramm, könne man sich die möglichen Zerstörungen ausmalen. 10 000 Flugzeuge, davon 600 Bombenflugzeuge, hätten Frankreich und seine Vasallenstaaten ein und unser Land zerstört. Alle unsere Luftkriegsgebiete und Hauptstädte könnten in kaum einer Stunde von polnischen, tschechischen und französischen Flugzeugen erreicht werden. Deutschland sei das luftbedeutendste und luftempfindlichste Land. Der Redner schilderte die Vorbereitungen Frankreichs, Englands und Italiens, die Luftmacht womöglich von vor einer Mobilmachung einzufassen. Demgegenüber seien internationale Verträge wertlos. Deshalb bleibe uns nur der Ausfall eines passigen Luftschutzes.

Sechs Kinder bei einem Explosionsunfall verletzt.
Am 9. Sept. ereignete sich ein Explosionsunfall. Spielende Kinder fanden ein zehn Zentimeter langes, zwei Zoll dickes Rohr, das auf beiden Enden verschlossen war. Die Kinder machten ein Feuer und warfen das Rohr hinein. Pflötzlich explodierte dieses, wodurch sechs Kinder zum Teil schwer verletzt wurden. Das Rohr war anscheinend mit einem Explosivstoff angefüllt.
Zwei Todesopfer einer Familientragödie.
In Frankfurt am Main wurde der 50jährige arbeitslose Expediter Otto Herzog an seinem Arbeitsplatz ertrunken. Im Bett lag sein fünfjähriger Pflegesohn Alfred Müller, dem eine Schürze um den Hals gelegt war. Die Untersuchung ergab, daß Umberg das Kind erdrosselt und sich dann selbst aufhängend hat. Man nimmt an, daß die wirtschaftliche Notlage den seit mehreren Jahren arbeitslosen Mann zu dieser Verzweiflungstat getrieben hat.

Funf-Ecke

Sonntag, den 11. September:

Deutsche Welle 1635.
6:00: Rundfunkmusik. 6:20: Hamburger Hofkonzert. 8:00: Mitteilungen und praktische Hinweise. — Anst. Wochenrückblick auf die Wartlage. 8:20: Die Anpassung der Landwirtschaft an die abgewarteten Bedingungen des deutschen Obst- u. Gemüsebaues. 8:55: Morgenfeier. — Anst. Übertragung des Gedenkstundens des Berliner Doms. 10:05: Wettervorhersage. 11:00: Friedrich Schrenkowsky liest aus seinem Buchen. 11:30: aus Leipzig. Reichsbundung. Kantate zum 16. Sonntag nach Trinitatis. — Heiliger Gott, wann werd' ich herben, von Johann Sebastian Bach (G. A. Nr. 8). 12:00: vom Clemensplatz, Stöbeln; Militärkonzert. 12:30: Große deutsche Kundgebung für das abgeräumte Saar- und Westgebiet am Deutschen Eck. 13:40: vom Clemensplatz, Koblenz; Fortsetzung des Militärkonzertes. 14:00: Jugendliche werden itafällig. Erfahrungen des Jugendrichters. 14:30: Darbietungen der Kienerer Spielerei. Leitung: Prof. Dr. Anselm. 15:00: Sanftleben. 15:30: Aus der Deutschen Stadion; Fest der deutschen Schule. 16:30: Was will das Theaterpublikum für sein Geld? 17:00: Aus dem Danteschenden. Mingen. Boden-Kinderlamp. Deutschland-Juden (2. Teil). Sprecher: Veimar-Werte. 17:00: Deutsche Symphonienmusik auf allen Instrumenten. 17:15: aus Königsberg: Nachmittagskonzert. Dir. W. Richter-Deichhelm. 18:00: Wiederholung: Die Hildesheimer. Zusammenstellung: Hanna Kiel. 19:00: Friedrich Schlegel's Ged. Singspiel. 19:50: Sportnachrichten. 20:00: Musik der Staatsoper, Unter den Linden. "Wiener Waltz." Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Text von Victor Leon und Leo Stein. Für die Bühne bearbeitet von Wolf Müller jun. Während der Pause gegen 22:00: Tages- und Sportnachrichten. — Danach 23:00: Wetter, Tages- und Sportnachrichten. — Danach 24:00: Tanzmusik. Kapelle Cito Sternbach.

Montag, den 12. September:

Deutsche Welle 1635.
6:00: Übertragung Berlin: Rundfunkmusik. 9:30: Praktische Hinweise für Gehörgehalt. 10:10: Die Tante raucht durchs Ahnenfeld. Altmarische Erntedankfest. 12:05: Englisch. — Anst. Schallplattenkonzert. 15:00: Was ihr wollt! 15:40: Die Verurteilungsgeschichte. 16:00: Wie wird die Welt erleuchtet durch die Berufsberatung unterrichtet und ergänzt? 17:30: Die Bedeutung des Indiensbeweises. 18:00: Musikieren mit

unerschbaren Karmen. 18:30: Spanisch für Anfänger. 19:00: Die Vertreibung früherer Juden und Ausdrückungsblatt. 19:30: Die Hünburgerpredigt 1932. 19:45: Viertelstunde Rundfunk. 20:00: aus Hamburg: Volksmusik. Wilm. — Über Quartier. Gerner, Horag-Winner Quartier, Heines. — Vortrag: Dreier. 21:00: Tages- und Sportnachrichten. 21:10: aus Hamburg: Das Brüden geht um. — Weiterer plattdeutscher Abend, von Heinrich Andree.

Dienstag, den 13. September:

Deutsche Welle 1635.
10:10: Jugendkonzert. Der deutsche Marsch. 15:00: Reise-erster Klasse von 500 Jahren. 15:45: Künstlerische Schallplattenkonzert. 17:30: Das Gesicht der modernen Welt. 18:00: Musikalische Fortübungen. 18:30: England als Weltwirtschaftsmacht. 19:00: Antik und Seele. Neue Wege der Biederfelder. 19:30: Denkwürdige Reden. 20:00: aus Leipzig: Abendkonzert. Zeit. — Josef Hell. 20:45: 21:00: Tages- und Sportnachrichten. 21:10: aus Leipzig: "Auszug im Sudan", von Otto Rombach und S. Schreiber. Regie: S. P. Schmidt.

Mitteldescher Rundfunk

Sonntag, 11. September.

6:00: Rundfunkmusik. 6:20: Frühkonzert. Das Peterser-Dreier. Dresden. Dirigent: M. Feiers. 8:30: Landwirtschafstammernat Dr. A. Ortzmann: Inhalt von Saatgut, Sägemehl und Futtermittel. 9:00: Morgenfeier. Grenzzeit. Dichtung u. Musik. Auswahl: Gert Knauth. Zeit: Hans Strebner. Sprecher: Margarete Anton, S. Feuers. 2. Sonderspiel. 10:00: Konzert auf der Heidenhöhe in Kuffein. Dirigent: Prof. G. Mann. 11:15: Einführung in die folgende Sendung. 11:30: Reichsbundung. Kantate zum 16. Sonntag nach Trinitatis. Heiliger Gott, wann werd' ich herben? von Johann Sebastian Bach (G. A. Nr. 8). Leitung: Hans Strebner. Dr. A. Straube. 12:00: Große deutsche Kundgebung für das abgeräumte Saar- und Westgebiet am Deutschen Eck. 14:00: Wettervorhersage und Zeitangabe. 14:05: Programm der Woche. 14:24: Werte für die Landwirtschaft. 14:35: Nordische Schallplattenkonzert. Wilm. Prof. G. Mann. 15:10: Prof. Dr. A. Raeder: Vorträge. Buchhandel und Nation in Geschichte und Gegenwart. 16:00: Franz Schubert: Sinfonie Nr. 7 C-Dur. Leipziger Sinfonieorchester. Dir. E. Blumer. 16:45: "Marmelade" Komödie von S. Hoff (München). Regie: S. P. Schmidt. 17:20: Unterhaltungsstück. Kaufmann Crebber. Dresden. Dirigent: A. Kaufmann. 18:20: Nikolaus Lenau. Leben und Dichtung. S. Schmidt-Melander. 19:00: Letzter Meisterstückkonzert um die deutsche Straßenmusik. Dirigent: Wilm. Prof. G. Mann. 19:30: Rudolf Sabatin liest eigene Verse. 20:00: Spiel in die Zeit. Im Mikrophon: A. v. Weiler. 20:10: Verdi: "Macbeth". Leipziger Sinfonieorchester. Dirigent: Prof. Dr. A. Raeder. 20:45: Alfred Strömke, Dramatiker (Sopran). S. Haller Leipzig (Tenor). 22:05: Nachrichtendienst. — Anst. bis 24:00: Tanzmusik.

Montag, 12. September.

10:10: Erdkunde. "Mont Cenis. Durchstoß durch den Berg." Lehrpiel von W. Hoff. Regie: D. Stöckel. 10:40: Wetterbericht der Witter. 15:15: Saml. Weiler liest Götter Götter. Erzählung. Schmeißner. Dresden. 16:30: Kunst- und Bilderberichte. 16:00: Künstlernachrichten. Wilm. Leonore Giedhorn (M.). G. Gese (Sola). S. Schneider-Marijns (Klavier). Marianne Zunder (Violine), sämtlich aus Dresden. 17:30: "Sänger". Wiener. Deutscher Roman mit neuen Mitteln. 18:30: F. A. Holland: Gotthold Ephraim Lessing. Sprecher: S. Strebner. 18:50: Prof. Dr. E. Raeder: Das Winterprogramm. 19:10: Vorträge von Landwirten. Fritz Schreiber. 19:30: "Die Baumgärtner". 19:30: Militärkonzert Dr. Karlstadt. Hünburgerpredigt 1932. 19:45: Alte und neue Töne. Cembé-Orchester. Leipzig. 21:15: Nachrichtendienst. 21:25: Regierungsrat Dr. Fritz Kapfahn, Dresden: Ergebenheit der Weimarer Republik 1932. 21:55: Johannes Brahms Sonate für Klavier und Klavier (F-Moll). Wert 120 Nr. 1.

Dienstag, 13. September.

11:30: Schallplattenkonzert. 16:00: Reichsbundung (G. Weiler). Die Umbau von D. Ellertal. u. Gehörgeschichte. 16:30: Franz Schubert: Stunde. Leipziger Sinfonieorchester. Dir. u. am Flügel: E. Blumer. Schiller: Gedicht: Schwab-Borners. 17:00: "Grafenamt". (Klavier in 11, 2. A.). 18:25: Franz-Josef. Dr. S. Weder u. Elisabeth Weder. 18:50: Bericht über das Freiburger Jugendtreffen und Berufsverhältnisse des 23. Freimann. 19:00: Klaviermusik. — Ausgeführt von Erich Müller, Dresden. Ludwig van Beethoven. 19:30: Vorträge vom Sächsischen Landvolk. Sprecher: S. Langewitz (Schallplattenübertragung). 20:00: Abendkonzert. Leipziger Sinfonieorchester. Dirigent: E. Blumer. 20:45: 21:00: Nachrichtendienst. 21:10: "Auszug im Sudan" von Otto Rombach und Hermann Schreiber. Regie: S. P. Schmidt.

Nur die Eine

Von Gert Rothberg.

60. Fortsetzung Nachdruck verboten
Ihr Herz klopfte in rasenden Schlägen.
Sie mußte sich irren, er konnte es ja nicht sein. Und er war es doch.
Dieß von Wentendorf!
Wie kam der hierher? Warum verfolgte er sie? Warum mußte er es ihr so schwer machen?
Erkannt folgte Lord Grene ihrem Blick.
Er sah dort drüben einen ihm fremden jungen Herrn, der im Kreis der jungen Amerikanerinnen an eine Säule geklebt stand und sich augenscheinlich ausgezehrt unterhielt.
Anne-Marie ließ sich von Lord Grene zu ihrer Großtante führen.
"Großi, Wentendorf ist hier, da, dort drüben," flüsterte sie und ihre Lippen zitterten. "Großi, warum verfolgst du mich eigentlich? Er weiß, wo ich denke, meine Schwärmung wird sich nicht ändern."
"Kind, du wirst dich irren, wie käme er denn hierher?"
"Er ist es bestimmt, Großi, und es ist nicht recht von ihm, uns nachzusehen."
"Wer vermag ein Mädchen.
"So laß ihn, du kannst es ihm nicht verwehren, gleichfalls in Lugano zu bleiben, wenn es ihm hier gefällt."
"Dann reisen wir ab, Großi."
"Nein, wir bleiben," sagte Ulrike fest. "Du wirst schon auf mich alte Person etwas Rücksicht nehmen müssen, das viele Reisen halte ich nicht aus."
"Verzeih, Großi, dann bleiben wir eben."

Und sie wandte sich mit lebenswürdigem Lächeln an Lord Grene, der höflich ein wenig zurückgetreten war, während die beiden Damen miteinander sprachen.
Als sie später wieder mit dem Lord tonzte, sah sie dicht vor sich Wentendorf. Er tanzte mit der jungen, rotblonden Amerikanerin mit dem wunderschönen Dublopp, die den hochgemachten Mann mit schmeichelnden Augen anfas.
Anne-Marie fühlte plötzlich einen rasenden Schmerz im Herzen. Sie wurde ganz blaß. Da war der Tanz zu Ende.
Wentendorf führte seine Dame an ihren Platz zurück und ging dann dicht an Anne-Marie und dem Lord vorbei. Er starrte und verbeugte sich.
"Verzeihung, welche unverschiffte Freude, Baroness Warburg."
Sie reichte ihm die Hand, die er küßte.
Anne-Marie stellte die Herren einander vor.
"Nicht, abwaschend maßen diese sich, Lord Grene dachte: "Ein Rivale?"
Und ein unbehagliches Gefühl war in ihm.
Wentendorfs blaue Augen schweiften leicht und gleichgültig über das Gesicht Anne-Maries hinweg, suchten wieder den Kreis der jungen Damen dort drüben, so, als könne er es nicht erwarten, wieder hinüber zu kommen.
Anne-Marie hätte am liebsten laut aufgeweint.
"Ich werde mir gestatten, Baroness Ulrike Warburg zu begrüßen. — — — ich möchte nicht länger hören."
Eine knappe Verbeugung und er ging quer durch den Saal.
"Er ist gar nicht meinetwegen gekommen, es ist ihm unangenehm, uns hier zu treffen," dachte sie und es fror sie plötzlich.
Wentendorf sprach aus nur kurze Zeit mit Tante Ulrike. Anne-Marie bemerkte es nur zu gut, trotzdem sie frampfhaft mit Lord Grene plauderte, der sie erkannte anfas.
Die feine Nase des Hieserfahrenen witterte da irgend einen Zusammenhang zwischen dem schönen großen Red, der auch jetzt gerade angetanzt kommen mußte, und dem schlanken Madel.
Man konnte sich irren, selbstverständlich. Aber im allgemeinen trag seine Witterung ihn nie.
"Allo, mal aufpassen, Ostar Grene, damit du dann nicht in einem Liebesroman die Rolle des Barren zu spielen hast," dachte er und es war wirklich bei diesem Gedanken ein großer, echter Schmerz in ihm, was er ganz erlautet feststellte.
Er hatte nach all den toll verlebten Jahren so ein ernstes Gefühl in sich gar nicht mehr vermerkt.
In dieser Nacht weinte Anne-Marie heiße Tränen. Sie betete laut in ihrem Schmerz und in ihrer Hofflosigkeit.
— Tage später, während denen sie ihn immer nur von fern gesehen hatte, stets intensiv mit der jungen Amerikanerin beschäftigt, traf sie sich beim Golfplatz.
"Gestatten Baroness, daß ich Ihnen mein Kompliment mache? Sie haben sich vorzüglich erholt."
Sie dankte ihm, dabei wirkte sie ängstlich in seinen Augen, ob nicht wie ehemals die heiße Liebe zu ihr, darin brannte. Nein. Nichts!
Nicht blühte er über sie hinweg, mit seinen Gedanken wahrheitlich weit weg von ihr.
Ein zitternder Atonzger hob ihre Brust.
"Gedenken Sie lange hier zu bleiben, Herr von Wentendorf?" fragte sie scharf.
Er zuckte leicht die Schultern.
"Wahrheitlich, Baroness, es gefällt mir hier ausgezeichnet. Gestern Abend hatte ich beim Spiel fabelhaftes Glück. Man schien mich zuletzt für den Dankpfeifer von Monte zu halten."
Er lachte noch in der Erinnerung.
(Fortsetzung folgt)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.

Bezugspreis wird monatlich festgelegt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zornauerstr. 9, entgegen.

In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Genehmigungs-Anschluß Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen in amtlichen Zeitl. 10 Goldpf., im Anklamerteil 30 Goldpf., einschl. Umrahmung, Schwertler und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburg-Bez. Halle.

Nr. 109.

Sonnabend, den 10. September 1932.

35. Jahrg.

Das Reichstagspräsidium bei Hindenburg

Hindenburg behält sich die Entscheidung vor

Der Empfang bei Hindenburg.

Der vom Empfang des neuen Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten in Hindenburg erwartete Empfang, wird etwas enttäuscht sein. Die Lage hat sich nicht verändert, es wird ausdrücklich erklärt, daß Hindenburg nach wie vor hinter dem Kabinett von Papen stehe. Das Wort hat also jetzt der Reichstag. Allerdings ist seit dem Empfang die Wahrscheinlichkeit der Auflösung noch größer geworden.

Die amtliche Mitteilung über den Besuch lautet:

Reichspräsident von Hindenburg empfing heute (Freitag) das neuwählte Präsidium des Reichstags: Reichstagspräsident Göring und die Vizepräsidenten Effer, Graef (Thüringen) und Kauf. Reichstagspräsident Göring stellte das neue Präsidium vor; der Reichspräsident dankte für den Besuch und sprach den Serren seine besten Wünsche für die Erfüllung ihrer Aufgabe aus. Serren schloß sich eine kurze Ansprache über die politische Lage an.

Der Empfang hat kaum eine Viertelstunde gedauert. Aber die kurze amtliche Mitteilung hinaus werden noch weitere Einzelheiten über den Empfang bekannt. In dem Empfang nahm der Staatssekretär Meißner vom Büro des Reichspräsidenten teil; er stellte die Serren vor. Dann wurden einige Höflichkeitssätze gewechselt. Darauf hielt Reichstagspräsident

Göring eine kurze Ansprache,

in der er von den Möglichkeiten einer Mehrheitsbildung im Reichstage sprach, und das wiederholte, was in der gemeinsamen Erklärung des Zentrums und der Nationalsozialisten über ihre Verhandlungen enthalten ist. Nach der Ansprache Görings wies der

deutschnationale Vizepräsident Graef

darauf hin, daß seiner Auffassung nach das Reichstagspräsidium nicht berechtigt sei, mit dem Reichspräsidenten politische Verhandlungen zu führen, er fügte hinzu, daß er für seine Person gegen die Rückkehr zum parlamentarischen System und für die Form der jetzigen Regierung sei. Der dem Zentrum angehörende Vizepräsident Effer hat den Reichspräsidenten, vor weiteren Entscheidungen die Führer des Zentrums und der Nationalsozialisten zu empfangen.

Hindenburg erwiderte kurz,

daß er sich alle Entscheidungen vorbehalte, daß er aber seine Verantwortung habe, der jetzigen Regierung sein Vertrauen zu entziehen. Damit hat der Reichspräsident deutlich zu erkennen gegeben, daß das Kabinett in seiner jetzigen Zusammensetzung sein Vertrauen besitzt.

Auch an zuständigen Stellen wird ausdrücklich betont, daß der Reichstagspräsident v. Papen auch nach seiner letzten Unterredung mit Hindenburg durchaus das Vertrauen des Reichspräsidenten habe, und daß alle Meinungen über Unstimmigkeiten infolge einiger Punkte im Wirtschaftsprogramm falsch seien. Man nimmt jedoch an, daß der Reichspräsident vor weiteren Entscheidungen die Führer der Parteien empfangen wird. In politischen Kreisen erwartet man aber von diesem Empfang auch keine Änderung der Lage mehr.

Man hat der Reichstag das Wort.

Die beiden Parteien, Zentrum und Nationalsozialisten, sind nun tatsächlich vor die Entscheidung gestellt, ob sie mit dem Kabinett v. Papen, hinter dem der Reichspräsident steht, zusammenarbeiten wollen, oder ob sie das Kabinett stürzen und damit die Auflösung des Reichstags herbeiführen wollen.

Die Reichsregierung ist fest entschlossen, von ihrer Vollmacht zur Auflösung Gebrauch zu machen, wenn die Ansprache über die Kanzlererklärung am Dienstag und Mittwoch der nächsten Woche zeigen sollte, daß eine Verständigung unmöglich geworden ist. Man spricht ja immer noch von einer Vertagung des Reichstags ohne Auflösung am 10. auf unbestimmte Zeit, weil Zentrum und Nationalsozialisten damit Zeit für neue Verhandlungen gewinnen wollten. Praktisch wäre das zunächst eine Duldung des jetzigen Kabinetts. Die Wahrscheinlichkeit für diese Lösung wird aber als sehr gering beurteilt.

feststeht, daß nach der Auflösung Neuwahlen stattfinden, entgegen der vielfach geäußerten Meinung, die Reichsregierung wolle die Neuwahlen auf unbestimmte Zeit verschieben. Wahrscheinlich aber wird für die Wahl der letztmögliche Termin herausgeholt. In der Annahme, daß die Auflösung am nächsten Donnerstag, also am Tage nach der Aussprache erfolgt, würden demnach die Neuwahlen am 13. November stattfinden. Das alles sind Meinungen und politische Prophezeiungen, die allerdings auf Grund der heutigen Lage wohl begründet sind. Aber in der Politik kommt bekanntlich im letzten Augenblick manches anders als man denkt, und so können auch jetzt im letzten Augenblick übertrumpfen eintreten; man darf nur daran denken, daß außer den kommunisten keine Partei an Neuwahlen große Freude hat.

Das Reichstagspräsidium fuhr zum Reichstagserpals nicht gemeinsam, sondern in zwei Automobilen. In dem ersten Wagen fuhr Reichstagspräsident Göring, in dem zweiten die Vizepräsidenten. Der Wagen des Reichstagspräsidenten Göring trug zwei Hafenkreuzfahrzeuge.

Gegen politischen Kurswechsel.

Was Vizepräsident Graef Hindenburg sagte.

Die deutschnationale Pressestelle gibt über den Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten eine Darstellung, die auf einen Bericht zurückgeht, den Vizepräsident Graef über den Besuch in der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion erstattete. In dem Bericht heißt es: Nach der Vorstellung des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten hielt der nationalsozialistische Reichstagspräsident Göring eine Ansprache, in der er betonte, daß im Reichstag eine arbeitsfähige parlamentarische Mehrheit liege, daß der Reichstag sich nicht auflösen lassen wolle und daß er als Reichstagspräsident sich gegen die Gerichte, daß der Reichspräsident diesen auflösen beabsichtige, zur Wehr setzen müsse. Er habe den einstimmigen Auftrag des Reichstages, dies zum Ausdruck zu bringen.

Der deutschnationale Vizepräsident sprach diesen Äußerungen Görings ab und führte aus, daß das Reichstagspräsidium dem Staatspräsidenten politische Vorschläge zur Aufschaltung zu stellen. Das Präsidium habe die Befugnis und überdies in seiner Bildung absolut nicht einig.

Herr Graef betonte, daß die Einfuhr von den Parteien unabhängigen Kabinetts sei, demgegenüber der Nationalsozialismus und in das koalitionsfähige Nationalsozialisten und das Zentrum ist erstolzen Rückschritt bedeuten würde. Die größte Teil des Volkes einschließlich der Nationalsozialisten einig. Die Rücksicht auf der politischen Entwicklung und auf der Staatsoberhauptes verbietet es, Wechsel in der Regierungsführung zu nehmen, selbst für diejenigen, die nicht an dem des Kabinetts Wapen im Reich einverstanden seien.

Gegenüber der wiederholten und gesprochenen Bitte des Vizepräsidenten Entscheidung noch einmal die Führer der Parteien und des Zentrums zu empfangen, erklärte Vizepräsident, daß er sich seine Entscheidung vorbehalte.

Parteiführer bei Hindenburg

Empfang am nächsten Dienstag. Der Reichstagspräsident hat den Reichstagspräsidenten Göring wissen lassen, daß er bereit sei, Dienstag mittags 12 Uhr zwei Vertreter der Nationalsozialisten, zwei Vertreter des Zentrums und einen Vertreter der Bayerischen Volkspartei in Gegenwart des Reichstagspräsidenten zu empfangen und ihre Auffassung der politischen Lage entgegenzunehmen.

Man rechnet in Reichstagskreisen damit, daß unter diesen Umständen die Aussprache über die Regierungserklärung voraussichtlich am Mittwochmittag beginnen können wird. In dem Zeitpunkt der Regierungserklärung, der bekanntlich für Montag nachmittags um 3 Uhr festgesetzt ist, hat sich nichts geändert.

Verhandlung des Zentrums am Montag.

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei tritt am Montag in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Am Montagabend findet eine Sitzung der Zentrumsfraktion des Reichstages statt. In beiden Sitzungen wird man sich mit der politischen Lage beschäftigen.

Der Völkerbund auf dem Pulverfaß.

Italien unterstützt Deutschlands Gleichberechtigungsforderung.

In diplomatischen Kreisen Rom gibt man der Ansicht Ausdruck, daß Deutschland durch die Aufstellung seiner Forderung der Gleichberechtigung über Nacht wieder zu internationaler Bedeutung gelangt sei. Es habe zwei mächtige Basen in der Hand: die Möglichkeit nämlich, die Verweigerung seiner Gleichberechtigung mit dem Ausschließen aus dem Völkerbund und aus der Abrüstungskonferenz zu beantworten. Auch die italienische Politik stehe vor neuen schweren Entscheidungen, die maßgebende zum Völkerbund führen könnten, obwohl Italien alles tun wolle, um diesen Schritt zu vermeiden.

Das fördernde Element in der europäischen Politik sei die Haltung Frankreichs, das zwar internationale Friedenspakte unterzeichnet, aber seine Sicherheit durch Beibehaltung seiner militärischen Vorherrschchaft schützen wolle und den Völkerbund zu seinen Sonderzwecken ausnütze. Italien bestrafe den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung als den Prüfstein, es sei der Ansicht, daß eine Ablehnung dieser Forderung durch Frankreich einen Bruch des Versailler Vertrages bedeute.

London an der Pariser Antwortnote unbeteiligt.

Die französische Regierung hat durch ihren Londoner Botschafter dem englischen Außenminister den Entwurf zur Pariser Antwortnote überreicht. Allgemein diplomatischen Kreisen der Eindruck, wahrscheinlich in erster Linie unter Ministerpräsidenten MacDonald

früheren Verfahren wieder diplomatisch mittel- oder unmittelbar für sich den Antwort mit der Antwort nicht einig haben die Engländer deutlich, daß sie zu einer unmittelbaren französischen Antwort und dementsprechend im Sinne des Konboreit seien. Infolgedessen mußte Botschafter darauf bekräftigen, die "Information" zu übermitteln. Kom also mit Recht darauf hingewiesen der französischen Antwort der englischen Ansichten. Es kann ferner mit Sicherheit angedeutet werden, daß auch die deutsche Botschaft Gang der englisch-französischen Ausläufen gehalten wurde.

Der Druck auf Frankreich.

Italien Gleichberechtigungsforderung, unter im Zusammenhang mit der vielbetonten USA-Senators Weeds und amerikanischen Außenamt und der amerikanischen Verhandlungen über die Gleichberechtigungsforderung, daß man einen dem englischen sehr stark durch vertreten. Amerika solle sich nicht hinter die deutsche oder französische Forderung, sondern die Gelegenheit benutzen, um Frankreich zu einer Herabsetzung seiner Forderungen auf einen möglichst niedrigen Stand zu bewegen. Dabei werde das Beweismittel benutzt, daß Deutschland ja nicht die Wiederherstellung, sondern die Angleichung der Forderungen auf der Grundlage gleicher Rechte fordere.

